

Fachhochschule für Verwaltung
und Dienstleistung



T R A N S F E R

ZEITSCHRIFT DES INSTITUTS FÜR FORTBILDUNG UND VERWALTUNGS-MODERNISIERUNG

12

jahrgang

juli | 2007

IN DIESER AUSGABE

REGIONALENTWICKLUNG –
ZUKUNFT DER REGIONEN IN
SCHLESWIG-HOLSTEIN

InForM

Institut für Fortbildung und Verwaltungs-Modernisierung

Liebe Leserinnen und Leser,

sind Sie gerade erholt und gut gelaunt aus Ihrem Sommerurlaub zurück gekehrt? Und waren Sie in einem südlichen Land und haben dort „Sommer, Sonne, Strand und Meer“ genossen?

Alles das hat Schleswig-Holstein auch zu bieten, aber das wissen Sie selbst. Und wir Schleswig-Holsteiner/innen wollen auch einmal andere Landschaften und Orte kennen lernen, wenn wir in den Urlaub fahren. Wir wissen aber auch, dass wir in einer attraktiven Urlaubsregion leben und arbeiten. Das zeigen uns nicht zuletzt die vielen Tourist/innen aus den anderen Teilen Deutschlands (und der Welt), die gerne den Sommer bei uns verbringen.

Schleswig-Holstein, das „Land zwischen den Meeren“ ist ein typisches Flächenland. Der ländliche Raum prägt den Charakter des Landes und der Menschen, die dort leben. Die Sommerausgabe der TRANSFER beschäftigt sich mit der zukünftigen Entwicklung in den vor allem ländlichen Regionen Schleswig-Holsteins.

Den Einstieg in das Thema übernimmt der Vorsitzende der Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holstein e.V., Herr v. Plüskow. Leitgedanke ist hier der Aspekt gleichwertiger – nicht gleicher – Lebensverhältnisse in ganz Deutschland.

Nach dem Einstieg geht es direkt in die Praxis. So freuen wir uns besonders, dass wir eine Vielzahl

von Autorinnen und Autoren gewinnen konnten, die konkrete Projekte 'vor Ort' vorstellen:

Herr Gromke berichtet von der Systemischen Regionalentwicklung im Schwentinetal/Barkauer Land; das MORO-Projekt in der Region Dithmarschen/Steinburg wird von Frau Käppler, Frau Halves und Herrn Ulich vorgestellt; Herr Hawel beschreibt das Projekt „Büchen 2005/50; die Chancen der demographischen Entwicklung in der Stadt Büdelsdorf führt Frau Sell aus; Frau Geruhn und Herr Ulich berichtet über Familienfreundlichkeit als kommunalen Standortfaktor des Kreises Dithmarschen; über die Jugendarbeit im Kreis Steinburg berichtet Herr Prüß; Herr Noack beschreibt das Regionalmanagement im Holsteiner Auenland und der Markttreff ist Thema des Artikels von Herrn Seelhoff.

Anschließend an diese Praxisbeiträge gibt es Informationen zu möglichen Fördermitteln („ELER“ und das „Zukunftsprogramm Arbeit“) sowie ein Dienstleistungsangebot zur Standortbestimmung der neuen Verwaltungseinheiten.

Mit den Inhalten dieser TRANSFER hoffen wir, Ihnen Anregungen für die eigene regionalplanerische Arbeit zu geben.

Ihr Team von InForM

Inhalt

Einstieg: Modell einer Strukturpolitik in Schleswig-Holstein	Seite 4
Praxisbeispiele: Schwerpunkte in ländlichen Regionen	Seite 5
Impulse: Fördermöglichkeiten und Dienstleistungsangebote zum Thema	Seite 29
Aktuelles: Projekt Informdoku – Leitfaden Ideen- und Beschwerdemanagement	Seite 40

Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland sichern

Rüdiger von Plüskow,
Vorsitzender der Akademie für die Ländlichen Räume Schleswig-Holsteins e.V.

Der demografische Wandel mit seinen Folgen Geburtenrückgang, Überalterung und Verringerung der Erwerbsbevölkerung berührt alle Lebensbereiche unserer Gesellschaft. Periphere Regionen sind besonders betroffen.

Die mit der Globalisierung einhergehende Konzentration auf wettbewerbsstarke Wirtschaftszentren benachteiligt dezentrale Gebiete zusätzlich. Eine Umkehr dieser Entwicklung ist nicht möglich. Jede Strategie zur Lösung dieser Probleme muss sich dieser Erkenntnis stellen.



Die fortbestehende Krise der öffentlichen Haushalte wirkt sich darüber hinaus in strukturschwachen Regionen besonders verheerend aus. Die von den EU-Regierungschefs beschlossene dramatische Kürzung der Finanzmittel für die ländliche Entwicklung verschärft die Lage weiter.

In dieser Situation bedarf es eines grundlegenden Umsteuerns auf allen relevanten Politikfeldern. Dabei muss der Verfassungsauftrag von der Gewährleistung gleichwertiger – nicht gleicher – Lebensverhältnisse in ganz Deutschland weiterhin Leitgedanke sein. Ländliche Regionen und städtische Ballungszentren sind untrennbar miteinander verbunden. Sie sind als gleichberechtigte Partner aufeinander angewiesen.

Angesichts der sich weltweit ständig verändernden Rahmenbedingungen muss die konkrete Ausgestaltung dieses Grundsatzes jedoch entsprechend angepasst werden. Das heißt einer-

seits Abschied vom allzu lang praktizierten Gießkannenprinzip staatlicher Förderung. Nicht alles Wünschenswerte wird machbar sein. Nicht alles Bestehende wird unverändert erhalten bleiben können. Andererseits kann die notwendige Konzentration jeder staatlichen Unterstützung auf die sog. Metropolregionen nicht in Betracht kommen. Größe und Bevölkerungszahl ist kein automatischer Garant für Wachstum. Die hohe Arbeitslosigkeit in vielen Ballungsgebieten zeigt dies.

Das Vertrauen allein auf die bestehende Sogwirkung und Strahlkraft der Zentren ist keine tragfähige Lebensgrundlage für die ländlichen Räume. Die Beschränkung dieser Regionen auf die Funktionen Wohnen und Erholen sowie auf das *Zur-Verfügung-stellen* von mobilen Arbeitskräften und Flächen mit dem Ziel der Wertschöpfung in der Metropole ist kein gesellschaftspolitisch tragfähiges Konzept. Die Diskussion dieses Lösungsansatzes sollte umgehend beendet werden.

Es bedarf vielmehr einer aktiven Strukturpolitik, die zukunftsgestaltend die Stärkung der Wertschöpfung im ländlichen Raum selbst und die Schaffung von Arbeitsplätzen vor Ort unterstützt. Die notwendige Konzentration der Strukturpolitik muss daher generell auf zukunftsfähige Branchen zielen wo immer sie angesiedelt sind.

Im ländlichen Raum sind dies vor allem:

- Gesundheitswesen, Wellness und Senioren,
- Kultur und Bildung,
- Tourismus,
- Agrar- und Ernährungswirtschaft,
- nachwachsende Rohstoffe und erneuerbare Energien.

Unabdingbar für eine erfolgreiche Entwicklung der ländlichen Regionen ist die Verbesserung der Infrastruktur vor allem in den Bereichen Verkehr und moderne Informationssysteme. Hier bestehen erhebliche Defizite. So ist z. B. ohne eine flächendeckende Breitbandversorgung die Schaffung neuer moderner Arbeitsplätze nicht möglich. Gerade hier ist eine schnell wirksame staatliche Förderung vor allem für kleine und mittlere Betriebe dringlich.

Voraussetzung für eine positive Zukunft der ländlichen Räume bleiben eigene Anstrengungen

aller regionalen Akteure, seien sie Private oder Institutionen. Dabei kommt der Verstärkung der Kooperation in allen Bereichen ein besonderes Gewicht zu. Gerade auf dem Land bildet die starke Verbindung der Menschen mit ihrer heimatlichen Region und ihre daraus resultierende Bereitschaft zu persönlicher Verantwortung und Engagement die beste Voraussetzung für eine beispielhafte aktive Bürgergesellschaft. Die Menschen im ländlichen Raum haben hier erhebliche Wettbewerbsvorteile gegenüber den Stadtbewohnern, die sie nutzen sollten.

Die unverzichtbaren Eigenanstrengungen der Akteure müssen flankiert werden von einer Neuausrichtung der Strukturpolitik mit einer entsprechenden Umgestaltung aller Förderinstrumente. Für die Entwicklung der ländlichen Regionen bedeutet das vor allem:

- eine Aufstockung der EU-Mittel auch durch Umschichtung aus anderen Bereichen spätestens ab 2014. Eine baldige schrittweise Erhöhung der sog. Modulation wäre ein wichtiges politisches Signal,
- eine stärkere Ausrichtung des EU-Fonds für ländliche Entwicklung auf die Schaffung von Arbeitsplätzen anstelle der Unterstützung überwiegend konsumtiver Maßnahmen,

- die Umgestaltung der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz des Bundes und der Länder zu einem echten Förderinstrument für die ländlichen Räume mit dem Schwergewicht der Schaffung außerlandwirtschaftlicher Arbeitsplätze,
- die Berücksichtigung privater Investitionen als Kofinanzierung von EU-Maßnahmen, wie das in anderen Bereichen bereits geschieht.

Mit einem solchen Modell einer Strukturpolitik für die ländlichen Räume kann es gelingen, dort auch zukünftig gleichwertige Lebensverhältnisse zu erhalten. Den Menschen in der Region selbst können damit lebenswerte Rahmenbedingungen gewährleistet werden, die sie in ihrer Heimat halten. Dagegen würde eine Konzentration auf die Metropolregionen allein eine wirtschaftliche Abtrennung weiter Teile unseres Landes und seiner Menschen von einer selbst bestimmten Zukunftsentwicklung bedeuten, die gesellschaftspolitisch gefährlich und damit nicht hinnehmbar wäre.

Praxisbeispiele: Schwerpunkte in ländlichen Regionen

LSE III-Projekt Schwentinetal/ Barkauer Land: Systemische Regionalentwicklung

*Reinhard Gromke,
Amt Preetz-Land*

Bei dem Projekt, von dem ich berichte, handelt es sich um ein in der Form einer Ländlichen Struktur- und Entwicklungsanalyse erstelltes regionales Entwicklungskonzept für die Region Schwentinetal/Barkauer Land. Das Konzept umfasste das Amt Preetz-Land, die Stadt Preetz sowie die Gemeinden Raisdorf und Klausdorf mit insgesamt knapp 40.000 Einwohnern.

Motivation für die Durchführung der Analyse war die kooperative Untersuchung und ggf. notwendige Bewältigung der Herausforderungen,

die sich aus einer regional zu prognostizierenden Bevölkerungsentwicklung ergeben würden.

Gestaltet wurde der Prozess als systemische Untersuchung unter Einsatz des Sensitivitätsmodell von Prof. Vester®. Dieser Bericht ist keine umfassende Darstellung des damit verbundenen effektiven Lernprozesses. Ich beschränke mich lediglich auf einige Aspekte, die wir anders gestaltet haben, als dies nach meiner Kenntnis in regionalen Planungsprozessen üblicherweise geschieht.

Die Wirkungen entscheiden

Jede vernünftige Regionalentwicklung hat immer eine Analysephase, also eine Phase, in der man den Ist-Zustand der Region aber auch ihre Entwicklungspotentiale kennenlernen möchte. In der Regel erfasst man die Elemente, die in der Region vorhanden sind, möglichst umfassend und

beschreibt sie. So werden beispielsweise die Zahl und Qualität der Arbeitsplätze, die Verkehrssituation, der Zustand der natürlichen Lebensgrundlagen oder das Maß der sozialen, touristischen oder kulturellen Angebote usw. beschrieben. Ausgehend von dem erkannten Zustand werden dann einzelne Elemente zu Stärken oder Schwächen erklärt und die Entwicklungsmöglichkeit oder -notwendigkeit festgestellt.

Wir halten die umfassende Beschreibung der Systemelemente in dieser Phase für zwingend notwendig, allerdings nicht für ausreichend. Eine Analyse allein auf der Basis der Beschreibung der Elemente und eine daraus resultierende Behauptung von Stärken und Schwächen ist sinnlos und gefährlich. Denn, nach unserer Überzeugung ergibt sich die Rolle eines Elementes im Gesamtsystem, ob es also z.B. eine Stärke oder Schwäche darstellt, nicht aus seiner noch so genauen Beschreibung, sondern ausschließlich aus den Wechselwirkungen der Elemente untereinander. Deshalb haben wir die Beschreibung der Elemente in der Analysephase ergänzt um eine Analyse der Wirkungen, die von einzelnen Elementen bei deren Veränderung auf andere Elemente und das Gesamtsystem ausgehen würden.

Tatsächlich haben wir auf diese Weise ein umfassenderes Verständnis für die Rollen der einzelnen Elemente in der Region gewonnen. Wir wissen jetzt besser, ob ein Element überhaupt als Impulsgeber für eine Veränderung in der Region dienen kann oder ob seine Wirkungen durch Wirkungen anderer Elemente aufgehoben werden und damit jede noch so große Anstrengung verpufft. Wir haben auch die Elemente kennengelernt, bei denen bei einem Eingriff das System gefährdet oder stabilisiert wird.

Was in unserer Region wirkt, darauf gehe ich später ein. Anführen möchte ich zum besseren praktischen Verständnis ein Beispiel, was bei uns nicht bzw. nur schwach wirken würde. In unserer Region würde nach der Wirkungsanalyse eine Intensivierung der Bedingungen für Tourismus, oftmals ein Allheilmittel für verbesserte Wirtschaftskraft, kaum Wirkungen entfalten. Die Rolle des Tourismus in unserer Region ist neutral und seine Entwicklung würde durch das Verhalten anderer Elemente abgepuffert werden. Hätten wir eine klassische Stärken- und Schwächenanalyse durchgeführt, wäre die Infrastruktur für Tourismus sicher als Schwäche erkannt wor-

den und wir hätten möglicherweise deren Ausbau als sinnvolle Strategie angenommen. Indem wir aber die Wirkungen von Eingriffen überprüft haben, können wir nutzlose Interventionen in den Tourismus und damit den sinnlosen Einsatz von Ressourcen vermeiden. Wir beschränken uns stattdessen weiter darauf, die Lebensqualität der Menschen, die hier leben, zu erhöhen und wissen, dass wir dadurch mittelbar auch die Bedingungen für Naherholungssuchende und Touristen verbessern.



Die Experten sind vor Ort

In üblichen regionalen Entwicklungsprozessen schließt sich an die Analyse- eine Lösungsphase an, in der Veränderungsprojekte erfunden werden. Für beide Phasen hat sich eine Rollenverteilung herausgebildet. Für die Analysephase, in der ja hauptsächlich Fakten zusammengetragen und bewertet werden, übernehmen in erster Linie die Gutachter die Rolle der Experten. In der Lösungsphase machen wir die Bürgerinnen und Bürger zu Beteiligten und erklären sie zu Experten für die Veränderung. Natürlich gibt es in beiden Phasen Austausch und gegenseitige Unterstützung.

Wir haben in unserem Projekt die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger deutlich ausgeweitet. Mit Hilfe des Sensitivitätsmodells war es uns möglich, ihnen auch in der Analysephase die Expertenrolle zu übertragen. Unsere Analyse, einschließlich der Wirkungsanalyse, basiert also in erster Linie auf der subjektiven Einschätzung derjenigen, die in unserer Region leben und von denen wir auch künftiges Handeln erwarten. Wem das zu subjektiv ist, den mag der Hinweis beruhigen, dass die subjektive Beschreibung durch die wichtigen „harten Fakten“ und „objektiven“ Beschreibungen unserer Gutachter, Contextplan aus Berlin, ergänzt wurde.

Wir haben das als einen sehr intensiven und motivierenden Lernprozess erlebt. Gesteigert wurde dieses Lernerlebnis noch durch den konsequenten Einsatz von ehrenamtlichen Moderatoren aus unserer Region. Auch hier nutzten wir die Professionalität unserer Gutachter als Hilfe zur Selbsthilfe.

Das Licht bleibt an!

„Der Letzte macht das Licht aus.“ Dieser Satz als Zusammenfassung der prognostizierten Bevölkerungsentwicklung in Deutschland mag etwas übertrieben klingen, manchmal hat man aber den Eindruck, dass viele Menschen daran glauben.

Wir haben mit hervorragender Unterstützung des Statistikamtes Nord festgestellt, dass bei uns das Licht nicht ausgehen wird, jedenfalls nicht wegen der Bevölkerungsentwicklung. Für einen Gesamttraum mit ca. 40.000 Einwohnern wurde eine Abnahme der Bevölkerung um rd. 800 Einwohner bis zum Jahr 2020 prognostiziert. Voraussetzung ist eine weiterhin moderate Siedlungsentwicklung. Damit konnte im LSE-Abschlußbericht das Fazit gezogen werden, dass von einer demographischen Herausforderung nicht gesprochen werden kann.

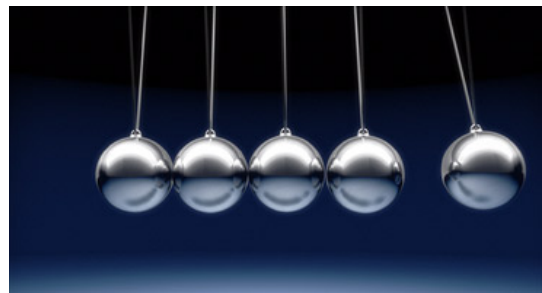
Trotzdem möchte ich auf die Bewertung der demographischen Elemente in der durchgeführten Wirkungsanalyse eingehen. Wir haben dabei festgestellt, dass das quantitative Element, die Bevölkerungszahl, in dem von uns erstellten Wirkungsgefüge kaum eine Rolle spielt. In den qualitativen Elementen wie Bevölkerungsstruktur und Sozialstruktur können noch am ehesten Wirkungen vermutet werden, allerdings sind diese relativ schwach. Diese subjektive Einschätzung wird hinsichtlich der Bevölkerungszahl auch von den Gutachtern im LSE-Abschlußbericht geteilt:

„Einen direkten Zusammenhang zwischen der Bevölkerungsentwicklung und den sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Aspekten der zukünftigen Entwicklung einer Region gibt es nicht. Diese soziale, kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung hängt weder in ihrer Qualität, noch in Bezug auf quantitative Indikatoren von der Zahl der Bevölkerung ab. Regionen mit vielen Einwohnern sind weder wohlhabender, besser integriert, noch von höherer kultureller Produktivität wie andere mit einer geringen Zahl von

Bewohnerinnen und Bewohnern. Auch Veränderungen der Bevölkerungszahl, also Wachstum oder Schrumpfung, sind nicht notwendig mit einer positiven oder negativen wirtschaftlichen oder kulturellen Entwicklung einer Region korreliert. Die kausale Verknüpfung von Demographie und regionaler Entwicklung stellt sich eher indirekt her.“

Der Gemeinsinn ist der Hebel für Entwicklung

Wir haben natürlich nicht nur untersucht, wie einzelne Elemente auf andere einzelne Elemente wirken, sondern wir haben das Wirkungsgefüge umfassend erforscht. Nur so ergibt sich das ganzheitliche Bild eines Systems, hier einer Region. Dadurch konnten wir auch ganze Ketten von Wirkungen erkennen. Besonders interessant sind geschlossene Wirkungsketten, sogenannte Regelkreise. Von diesen Regelkreisen haben wir 439 identifiziert. An diesen Regelkreisen ist ein Element in besonders auffälliger Weise beteiligt. Es ist das von der Arbeitsgruppe so benannte Element „Gemeinsinn“, also das bürgerschaftliche Engagement. Es ist in $\frac{3}{4}$ aller Regelkreise eingebunden. Ein zweites Element, die regionale Zusammenarbeit, hat eine ähnlich starke Rolle, es entfaltet nämlich in $\frac{2}{3}$ aller Regelkreise seine Wirkungen.

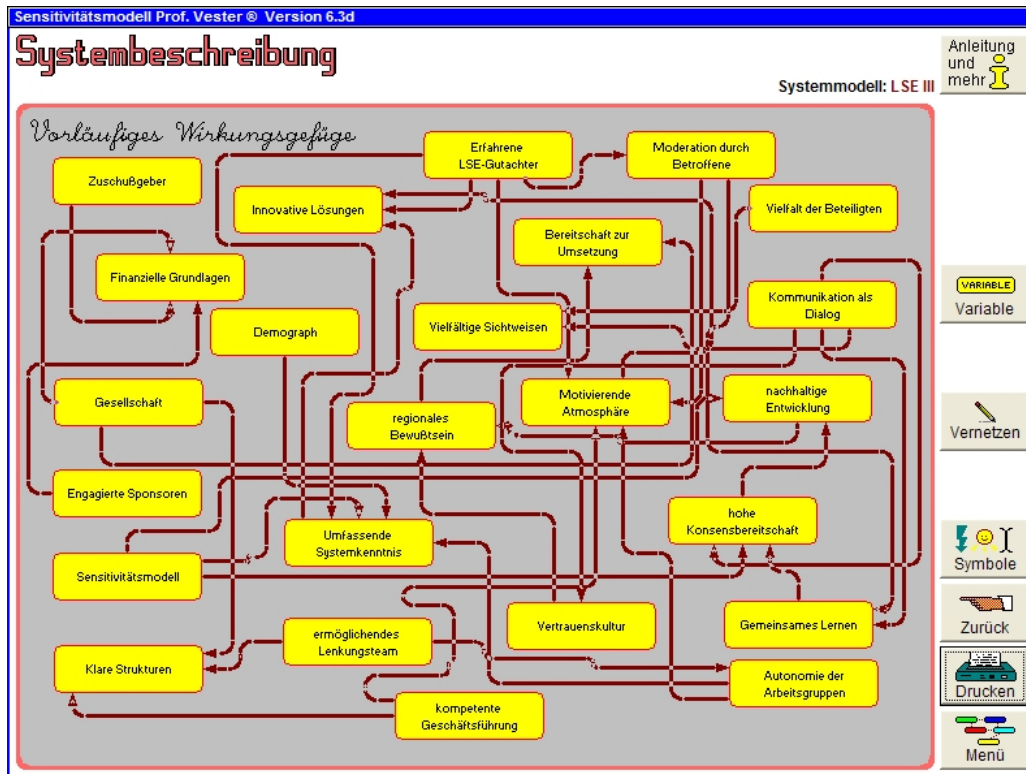


Damit sind wir uns bei der Wahl unserer weiteren Strategie noch sicherer als vorher: Die Förderung bürgerschaftlichen Engagements auf regionaler Ebene ist der wirkungsvollste Schlüssel für regionale Veränderung. Wir sind überhaupt nicht unzufrieden darüber, dass damit lediglich die Erkenntnis bestätigt wurde, nach der wir jetzt schon seit zehn Jahren handeln. Wir freuen uns auch, dass damit in einer besonderen regionalen Untersuchung in wesentlichen Punkten Übereinstimmung zwischen den bisherigen Aktivitäten des Landes bei der Entwicklung der länd-

lichen Räume und der neuen Ausrichtung auf die AktivRegionen hergestellt wird.

Für uns ist diese Bestätigung Ansporn, unsere Aktivitäten in einer AktivRegion zu verstärken. Wir streben die Entwicklung unserer kommunalen Gemeinschaft nach dem Leitbild einer kom-

munalen Bürgergesellschaft zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements konsequent an. Und das wir aufgrund unserer guten Erfahrungen mit dieser Konsequenz auch bei systemischen Entwicklungsgrundsätzen bleiben, will ich Ihnen zum Schluss auch nicht vorenthalten.



Projekt MORO – Modellvorhaben der Raumordnung „Regionalplanerische Handlungsansätze zur Gewährleistung der öffentlichen Daseinsvorsorge“ in der Region Dithmarschen / Steinburg

Bettina Käppeler, MORO-Koordinatorin
Dörthe Halves, Kreis Steingurg
Erk Ulich, Kreis Dithmarschen

Der Demographische Wandel in Schleswig-Holstein und der Region Dithmarschen/Steinburg

„Weniger, älter, bunter“, mit diesen drei Schlagworten wird der demographische Wandel, der sich deutschlandweit abzeichnet, beschrieben. Absolut betrachtet wird demnach die deutsche Bevölkerung in den nächsten 15 Jahren nicht nur

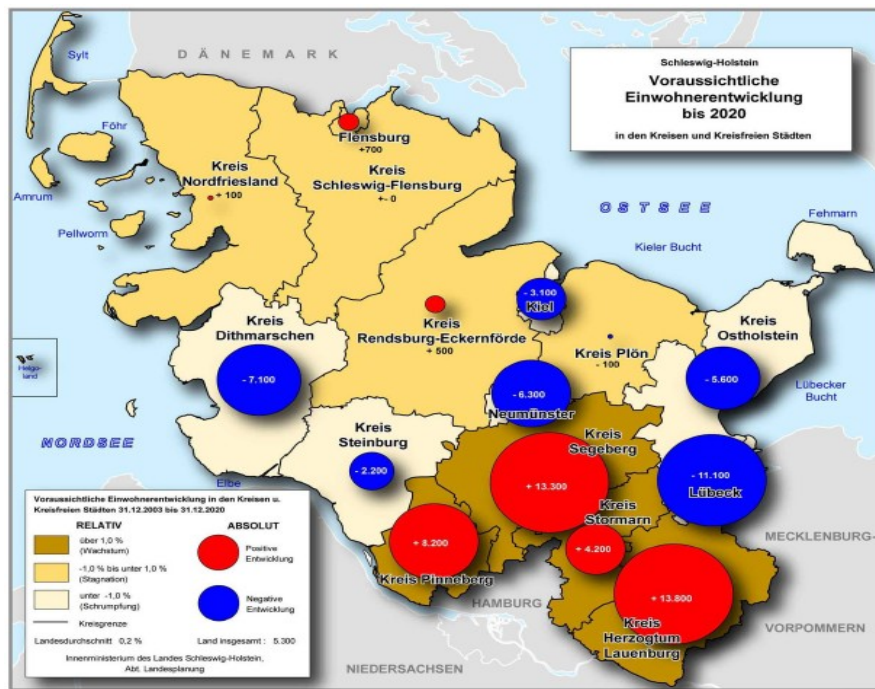
deutlich weniger, sondern auch anders zusammengesetzt sein. Die Zahl der unter 20-Jährigen wird sinken und die Anzahl der über 65-Jährigen wird deutlich wachsen. Weiterhin wird davon ausgegangen, dass der Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund größer wird.

Allerdings vollzieht sich dieser Wandel nicht in allen Regionen gleich. Bereits heute gibt es wirtschaftlich schwache Gebiete, die Einwohnerverluste von bis zu 30 % zu verzeichnen haben. Darüber hinaus sind es vor allem die jungen, meist gut ausgebildeten Einwohner die diese Orte verlassen. In der Regionalplanung bezeichnet der Begriff „Entleerungsraum“ diese Situation.

In Schleswig-Holstein vollzieht sich der demographische Wandel regional sehr unterschiedlich. Während die Hamburger Randkreise noch leichte Bevölkerungszuwächse verzeichnen, schrumpfen oder stagnieren weite Bereiche des Bundeslandes.

Die Auswirkungen des demographischen Wandels auf die räumliche Entwicklung und räumliche Planung werden in Schleswig-Holstein seit etwa drei Jahren verstärkt thematisiert. Bislang lag der Schwerpunkt hierbei auf dem Aspekt der zu-

nehmenden relativen und absoluten Alterung der Bevölkerung, die bereits heute in den meisten Landesteilen spürbar ist und sich in Zukunft noch deutlich verstärken wird.



Karte 1: Voraussichtliche Einwohnerentwicklung in Schleswig-Holstein bis 2020
Quelle: Innenministerium Schleswig-Holstein, Abteilung Landesplanung

In der Region Dithmarschen/Steinburg (Planungsraum IV Schleswig-Holstein Süd-West) lebten 2003 274.424 Einwohner, bei einer Bevölkerungsdichte von 110 EW/km². Auf Basis der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung wird bis zum Jahr 2020 ein Rückgang um 3,4 % auf ca. 265.000 Einwohner prognostiziert. Die Bevölkerungsdichte würde demnach auf 106 EW/km² absinken. Dabei verläuft, wie Diagramm I deutlich macht, die Entwicklung in den beiden

Kreisen der Region unterschiedlich: Im Kreis Dithmarschen – mit 96 EW/km² dünner besiedelt - ist die Bevölkerungszahl bereits jetzt rückläufig, bis 2020 wird sie um 5 % gesunken sein, die Bevölkerungsdichte reduziert sich auf 91 EW/km². Im Kreis Steinburg (130 EW/km²) wird sie nach den aktuellen Prognosen nach 2009 sinken, bis 2020 um 1,5 %, die Bevölkerungsdichte läge dann bei 128 EW/km².

Diagramm 1: Bevölkerungsentwicklung in der Region Dithmarschen-Steinburg bis 2020 (auf Basis der 10. KBV), eigene Darstellung

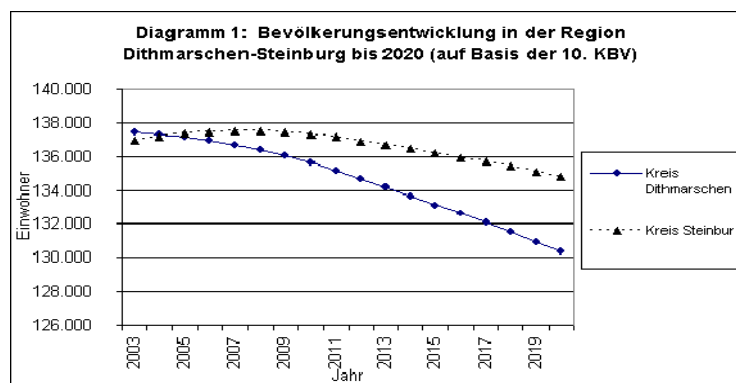
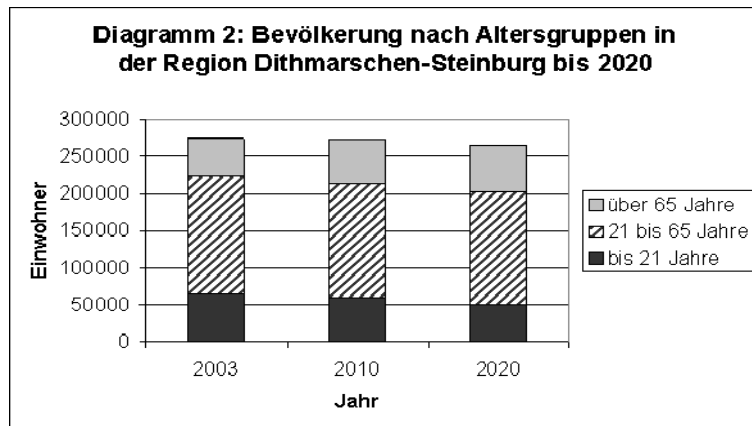


Diagramm 2: Bevölkerung nach Altersgruppen in der Region Dithmarschen/Steinburg bis 2020, eigene Darstellung



Verglichen etwa mit ostdeutschen Regionen sind diese Bevölkerungsrückgänge insgesamt zwar nicht dramatisch, jedoch dürfte der Rückgang für einzelne Teile der Region deutlicher ausfallen, zumal dort zum natürlichen Bevölkerungsrückgang Wanderungsverluste hinzu kommen.

Zudem ist der Bevölkerungsrückgang von einem absoluten und relativen Alterungsprozess überlagert. Diagramm 2 macht deutlich, dass in der

Region die Zahl der 65-Jährigen und älter absolut ansteigen wird, während die Bevölkerungszahl in den anderen Altersgruppen zurückgeht. Liegt der Anteil der 65-Jährigen und älteren heute bei 18,8 %, so wird er im Jahr 2020 auf 24 % angestiegen sein. Umgekehrt dazu wird der Anteil der unter 21-Jährigen von heute 23,6 % auf 18,8 % sinken.

MORO-Forschungsfeld „Regionalplanerische Handlungsansätze zur Gewährleistung der öffentlichen Daseinsvorsorge“

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) hat seit 2003 im Forschungsfeld „Demographischer Wandel“ verschiedene Modellvorhaben der Raumordnung (MORO) eingerichtet. Im Jahr 2005 wurde das MORO-Projekt mit dem Titel „Regionalplanerische Handlungsansätze zur Gewährleistung der öffentlichen Daseinsvorsorge“ ausgeschrieben. Die Kreise Dithmarschen und Steinburg haben sich darauf, unterstützt durch das Innenministerium, Abteilung Landesplanung, gemeinsam beworben. Im Herbst 2005 wurden die Kreise als einzige westdeutsche Beispielregion für die neue Projektlaufphase ausgewählt. Weitere Modellregionen sind der Regionale Planungsverband

Mecklenburgische Seenplatte und die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming.

Ziel des Modellvorhabens ist es, in enger Kooperation praktische Strategien für die öffentliche Daseinsvorsorge in den kommenden Jahrzehnten zu entwickeln. Betreut wird das Projekt durch das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR). Eine interdisziplinäre Begleitforschung ist mit der wissenschaftlichen Bearbeitung beauftragt.

In absehbarer Zeit werden vor allem in den ohnehin schon dünner besiedelten Regionsteilen in einzelnen Infrastrukturbereichen Auslastungsprobleme auftreten. Die Fragen des zukünftigen Bedarfs, der Auslastungen und Rentabilitäten von Einrichtungen für die folgenden Schwerpunktthemen der öffentlichen Daseinsvorsorge, werden für einen Zeitraum bis 2020 für die folgenden Handlungsfelder erarbeitet:

- Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV),
- Bildung (Schulen),
- Kindertagesbetreuung und
- Pflege.

Organisationsstruktur und Projektablauf in der Modellregion Dithmarschen/Steinburg

Die Arbeitsgruppen, in denen Akteure aus den Fachämtern, Infrastruktureinrichtungen und der Regionalpolitik mitarbeiten, stellen Daten zu den einzelnen Infrastrukturbereichen bereit und entwickeln Vorschläge für die Ausstattungsnormen der gewählten Infrastruktureinrichtungen. Dabei werden sie von der Begleitforschung und der in den Kreisverwaltungen angebotenen Projektkoordination maßgeblich unterstützt. Die Begleitforschung verarbeitet die gesammelten

Daten und errechnet Szenarien, mit deren Hilfe eine Kostenabschätzung bei konstantem sowie angepasstem Infrastrukturangebot ermöglicht wird. Ein Projektgremium aus Akteuren der Verwaltungen, der Kreispolitik, der Ämter sowie aus Vertretern des Innenministeriums des Landes Schleswig-Holsteins entscheidet nach Prüfung der Vorschläge, welche Anpassungsstrategien für die Region geeignet sind. Die Kommunikation zwischen den Projektebenen wird durch die Projektkoordination gesichert.



Die vier Handlungsfelder unterscheiden sich in ihrer Problemstellung und Datenlage. Dies hat Auswirkungen auf die Qualität und Tiefe der Ergebnisse. Für den Bereich Bildung war es möglich, auf der Basis einer kleinräumigen Bevölkerungsprognose und Erreichbarkeitsmodellierung Aussagen über die Entwicklung einzelner Standorte zu treffen. Dies fand in enger Zusammenarbeit mit der ÖPNV-Arbeitsgruppe statt. Neben dem Fokus auf den Schülerverkehr hat diese Gruppe ein ÖPNV-Modell-Angebot erarbeitet, an dem sich zukünftige Ausschreibungen und

Planungen orientieren sollten. Auch im Bereich Kindertagesbetreuung hat sich die Arbeitsgruppe ausgehend von der kleinteiligen Prognose auf mögliche Kriterien für zukunftsorientierte Standorte, Versorgungsquoten und Qualitätsstandards geeinigt.

Im Bereich Pflege stehen grundsätzlichere Fragen zur Ausrichtung, Organisation und Steuerung von Beratung und Angebot zur Diskussion. Politische und finanzielle Rahmenbedingungen auf Landes- und Bundesebene beschränken hier die Möglichkeiten der Umsetzung. Hier wurden Zielsetzungen und Qualitätskriterien erarbeitet, in deren Kern eine Stärkung der ambulanten Pflege im ländlichen Raum steht. Diese lässt sich nur mit einer breiten Unterstützung auch auf Landesebene erreichen.

Bis zum Sommer 2007 wurde intensiv an den Anpassungsstrategien gearbeitet. Die Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen fließen ein in den Entwurf einer Zielvereinbarung, die in den Kreisgremien – den jeweiligen Fachausschüssen und den Kreistagen – diskutiert und voraussichtlich Ende 2007 als gemeinsame Handlungsrichtlinie für Politik und Verwaltung verabschiedet wird.

Hinweis:

Ausführlichere Informationen zum MORO-Forschungsfeld „Regionalplanerische Handlungsansätze zur Gewährleistung der öffentlichen Daseinsvorsorge“ und die drei teilnehmenden Modellregionen finden Sie in der Broschüre des BBR: MORO-Info 2/1. Eine zweite Broschüre wird die Zielvereinbarung zum Thema haben.

Zu beziehen über das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung.

Demographische Entwicklung ländlicher Gemeinden in der Metropolregion Hamburg

Bernd Wolfgang Hawel,
Projektleiter Büchen 2005/50, stadt und land gmbH

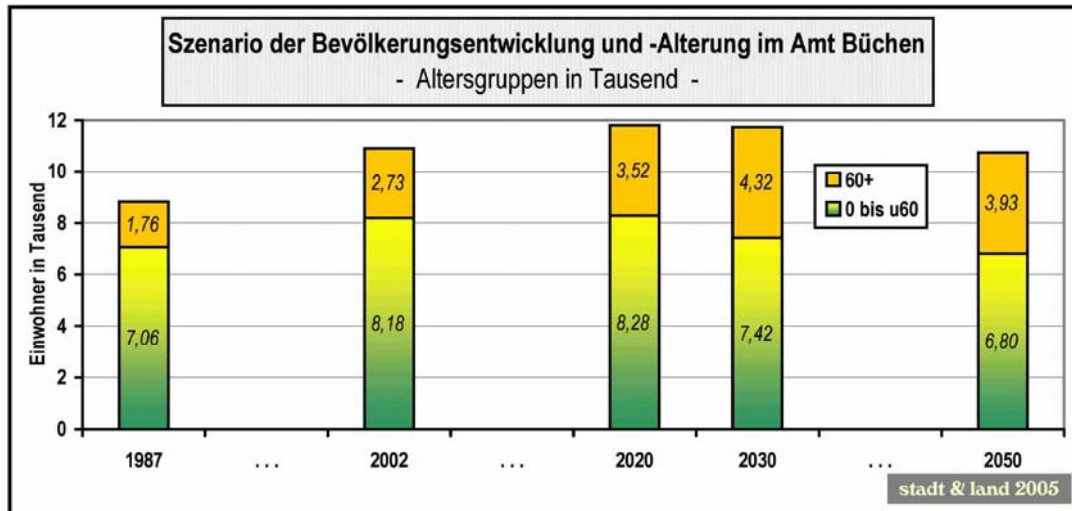
Vergleichsweise früh hat sich die Region Büchen (Kreis Herzogtum Lauenburg) mit den Herausforderungen des demographischen Wandels beschäftigt.



Ausgehend von einer ländlichen Struktur- und Entwicklungsanalyse mit anschließender Dorfentwicklungsplanung (2004/5) konnte Anfang 2005 ein vom Land als modellhaft gefördertes Projekt starten: „**Büchen 2005/50 – Lebensfähigkeit und Attraktivität der ländlichen Region Büchen im demographischen Wandel**“ – unter diesem Titel wurden in Kooperation mit

einer Lehrveranstaltung der Kieler Universität (Geographie) vor Ort eine Planungswerkstatt und weitere Diskussionsforen veranstaltet, die die kommunalen AkteurInnen für die bevorstehenden Entwicklungen sensibilisierten. Ferner

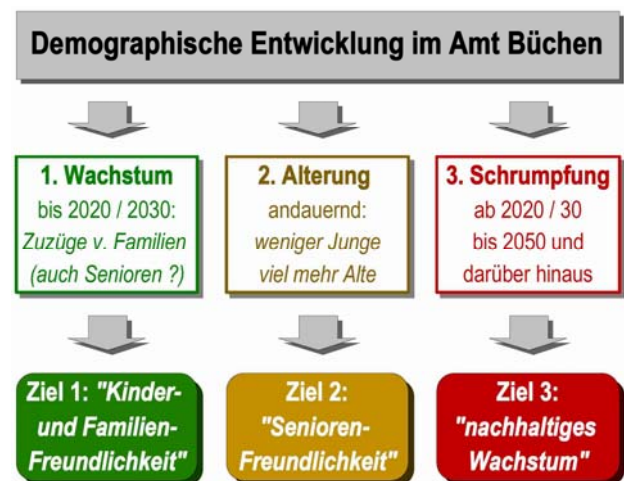
entstanden unter Federführung des Kieler Planungsbüros stadt & land gutachterliche Kurzstudien zu den Themen Bevölkerung, Siedlungsstruktur, Infrastruktur und Mobilität.



Das Amt Büchen (damals 9 Landgemeinden mit zusammen 5.500 Einw. und Unterzentrum Büchen, ebenfalls 5.500 Einw.) befindet sich am östlichen Rand der boomenden Metropolregion Hamburg im Bereich von Bahnlinie und Autobahn Hamburg–Berlin. Aufgrund dieser Lage ging das **Szenario der Bevölkerungsentwicklung** von einem differenzierten demographischen Wandel aus: Erwartet wurde zunächst noch eine Zunahme, bevor ab 2020 auch hier eine Schrumpfung einsetzt, die bis 2050 unter den heutigen Stand führt.

Dieses Szenario orientierte sich an der Vorausberechnung des Statistikamts Nord für den Kreis Herzogtum Lauenburg. Inzwischen zeigt sich für die Jahre 2003 – 2006, dass dessen Bevölkerungswachstum zwar eingetreten ist, aber aktuell mit 1,1 % deutlich hinter der Prognose von 2,3 % zurückbleibt. Im gleichen Zeitraum hat die Einwohnerzahl im (alten) Amt Büchen ähnlich wie im Kreis um 1,3 % zugenommen (wobei das Wachstum in den Landgemeinden mit 2,1 % gegenwärtig stärker ist als im Zentralort mit 0,5 %). Bestätigt sich dieser Trend, so wäre das ursprüngliche Szenario zurückzunehmen und auch in der Region Büchen mit einem früheren „Umkippen“ in die Schrumpfungphase zu rechnen.

Unabhängig davon muss weiterhin von einer bereits stattfindenden starken Alterung der Bevölkerung ausgegangen werden. Sie dürfte dazu führen, dass größenordnungsmäßig im Jahr 2050 auf eine Person unter 20 Jahre zwei der Generation „60+“ kommen (gegenüber einem Verhältnis von 1:1 heute).



Vor diesem Hintergrund haben die Diskussionen und gutachterlichen Empfehlungen für die Region drei **Ziele** ergeben:

- bei vorübergehend noch anhaltendem Bevölkerungswachstum die Kinder- und Familienfreundlichkeit weiterzuentwickeln,
- angesichts starker Alterung eine Seniorenfreundlichkeit zu erreichen und
- in Vorausschau auf die später einsetzende Schrumpfung eine nachhaltige Siedlungs- und Infrastrukturplanung einzuleiten.

Dabei schälte sich die „Mehrgenerationen-Fähigkeit“ der Region Büchen als entscheidende Zukunftskompetenz immer deutlicher heraus. Hierzu wurden zahlreiche **Handlungsempfehlungen** abgeleitet und mit Projektbeispielen unterlegt; sie beziehen sich insbesondere auf folgende Bereiche:

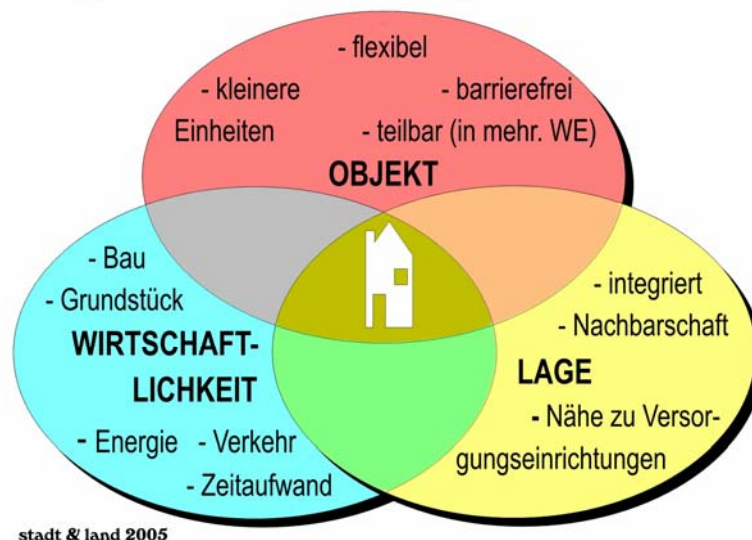
- Kinderbetreuung
- Schul- und Kindergartenstandorte
- Finanzielle Erleichterungen für Familien
- Qualität des öffentlichen Raumes
- Immobilienangebot für junge Familien
- Altengerechtes Wohnen
- Siedlungsstrukturen der kurzen Wege
- Multifunktionalität und Veränderbarkeit öffentlicher Infrastruktur
- Wohnungsnahe Versorgung
- Mobilitätsangebote
- Ehrenamt

• **Beteiligungsstrukturen**

Viele dieser Handlungsfelder betreffen die **Ortsentwicklung** im Unterzentrum Büchen. Auch wenn das Bevölkerungswachstum zur Zeit noch stärker in den Landgemeinden stattfindet, gibt es doch gute Gründe für die Annahme, dass sich zukünftig die Siedlungstätigkeit mehr zentralisieren könnte. Steigende Mobilitätskosten lassen langfristig die „grüne Wiese“ weniger attraktiv erscheinen. Mancherorts registriert man bereits, dass nicht mehr jedes Baugebiet sich vermarktet, wenn Qualitäten und Lage der Objekte nicht „stimmen“. Der Immobiliensektor wandelt sich vom Neubau- zum Gebrauchtmakler, weil immer mehr Einfamilienhäuser der ersten und zweiten Nachkriegsgeneration veräußert werden. Gleichzeitig gewinnen kleine Wohneinheiten (für Senioren- und Single-Haushalte) und „bezahlbarer“ Wohnraum (bei engeren wirtschaftlichen Spielräumen) an Bedeutung.

Schon heute verzeichnet die Gemeinde Büchen eine starke Nachfrage nach altengerechten Wohnungen mit Zuzügen von außen, was nicht überrascht: Für diejenigen, die sich frühzeitig für einen neuen Alterswohnsitz entscheiden, zählt die „komplette“ Nahversorgung und die soziale Infrastruktur vor Ort mit kurzen Wegen. Hinzu kommt im Fall Büchen die hervorragende Bahnverbindung mit 30 Minuten Reisezeit nach Hamburg.

Zukünftige Qualitätsfaktoren für Eigenheime



Diese Standortvorteile sprechen aber nicht nur SeniorInnen an. Auch junge Familien achten zunehmend auf ein dichteres Angebot, das – im Gegensatz zu eher peripheren dörflichen Lagen – auch die Nähe zu Bildung und Ausbildung sowie Freizeiteinrichtungen beinhaltet. Um hier auch überregional konkurrenzfähig zu bleiben, setzt die Region Büchen nicht zuletzt auf die Qualität des **Bildungswesens**. Das Schulzentrum in Büchen mit einem Förderzentrum, einer Grundschule und einer Realschule mit Hauptschulteil richtete eine der überregional ersten offenen Ganztagschulen in der Region ein und wird jetzt zu einer Gemeinschaftsschule weiterentwickelt. Im Nachbarort Müssen, ebenfalls in günstiger Lage und mit Bahnschluß nach Hamburg, wird die Grundschule als offene Ganztagschule fortgeführt werden.

Aktuell wird in Büchen ein Stadtmarketing-Prozess angestoßen, der sich intensiv mit den Lebensbedingungen aller Bevölkerungsteile auseinandersetzen und die Attraktivität des Wohn-, Arbeits- und Freizeitstandorts Büchen weiter verbessern will.

Ausblick

Das unerwartete Abbröckeln des Wachstums im Kreis Herzogtum Lauenburg und damit auch in der Region Büchen der Hamburgischen Politik der „wachsenden Stadt“ zuzuschreiben, ist wahrscheinlich zu früh. Aber eine zunehmende Konkurrenz wird wahrgenommen, und es scheint sich herumzusprechen, dass zukünftig billiges Bauland allein nicht mehr reicht, um Bevölkerung anzuziehen. Der demographische Wandel verbreitert die Anforderung an Qualitäten, welche die Kommunen anbieten müssen. Für ländliche Gemeinden in die der Metropolregion heißt das, nicht „besser“ sein zu wollen als Hamburg, sondern „anders“ und die eigenen Stärken herauszuarbeiten und zu pflegen.

Für den Raum Büchen heißt das aber auch: Nur ein attraktives und vollwertiges Unterzentrum gewährleistet langfristig, dass die Region als Ganzes im überregionalen Konzert weiter mitspielt. Jedoch müssen zugleich die Landgemeinden, die mehr als die Hälfte der regionalen Bevölkerung stellen, Perspektiven behalten. Hier wird nur eine interkommunal abgestimmte Siedlungs-, Infrastruktur-, Nahversorgungs- und Mobilitätspolitik verhindern können, dass sich am Ende „Gewinner“ und „Verlierer“ des demographischen

Wandels auf kleinräumiger Ebene gegenüber stehen.

Ein Lösung könnte darin bestehen, nicht mehr in jeder Gemeinde für sich „von allem ein bisschen“ anzubieten (z.B. Grundversorgung, soziale Dienste, Prävention/Gesundheit, Kulturangebote, Jugendarbeit, Sport...). Statt dessen könnten in den einzelnen Orten jeweils andere Schwerpunkte hoher Qualität gebildet werden, die aber von allen Gemeinden genutzt werden. Ansätze solcher Netzwerke bestehen und sind ausbaufähig.

Das Projekt „Büchen 2005/50“ hat zu einer ersten Sensibilisierung von Akteuren geführt. Fragestellungen des demographischen Wandels beginnen, Eingang in Entscheidungen zu finden. Noch ist man – im landesweiten Vergleich – in einer komfortablen Situation: Es bleibt Zeit für Weichenstellungen.

*Die gesammelten **Projektberichte** „Büchen 2005/50 - Lebensfähigkeit und Attraktivität der ländlichen Region Büchen im demographischen Wandel“ wurden von der Akademie für die ländlichen Räume auf CD-ROM veröffentlicht. Restexemplare sind bei der Akademie oder beim Autor erhältlich.*

„Wir altern und schrumpfen - Trauma oder Chance?“ Demographische Entwicklung und ihre Herausforderungen am Beispiel der Stadt Büdelsdorf

*Corinna Sell,
Stadt Büdelsdorf*

Die junge Stadt Büdelsdorf, gelegen in der Mitte Schleswig-Holsteins, ist unter dem Aspekt der Bevölkerungsentwicklung betrachtet ein „Typ 7“, d.h. eine sogenannte prosperierende Stadt im ländlichen Raum¹. Anfang dieses Jahres lebten in Büdelsdorf insgesamt 10.383 Menschen.

Dem Lebens- und Wirtschaftsraum Rendsburg, der die Städte Büdelsdorf und Rendsburg sowie 11 weitere Gemeinden mit insgesamt ca. 70.000 Einwohnerinnen und Einwohnern umfasst, wird

¹ Das Informations- und Zahlenmaterial stammt überwiegend aus dem Skript „Demographische Entwicklung im Lebens- und Wirtschaftsraum Rendsburg bis zum Jahre 2015“ des Instituts für Raum und Energie, Wedel

ein Bevölkerungszugewinn bis zum Jahre 2015 von rund 600 Personen prognostiziert. Dieser Einwohner-Zugewinn basiert auf sog. Wandergewinnen, d.h. auf Menschen, die sich aus ihrer persönlichen Lebenssituation heraus für oder gegen den Lebens- und Wirtschaftsraum Rendsburg entscheiden.



Die diesen Entscheidungen zugrundeliegenden Bedingungen sind nicht vorhersagbar, da sie zum einen mit persönlichen Lebensumständen wie den Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten, zum anderen mit Aspekten wie Höhe und Entwicklung der lokalen Mieten, Bodenpreisen, Einkaufsmöglichkeiten und Verkehrsverbindungen zusammenhängen. In jedem Falle ist der prognostizierte Wanderungs-Zugewinn für den Lebens- und Wirtschaftsraum marginal.

Als Folge der sich wandelnden Familienstrukturen ist noch ein weiterer Trend zu beobachten: Während die Bevölkerungsentwicklung in den kommenden Jahren nur einen leichten Zugewinn verzeichnet und bald zu stagnieren droht, wird die Zahl der Haushalte zunehmen. Die Zahl der Haushaltsmitglieder aber wird sich verringern. Bereits heute beträgt die Belegungsziffer pro Haushalt in der Stadt Büdelsdorf 1,9. Neben der steigenden Lebenserwartung liegen die Ursachen dafür auch in der Zunahme kinderloser oder Ein-Kind-Familien und in der ansteigenden Scheidungsrate. Langfristig werden als eine Folge der altersstrukturellen Veränderungen insbesondere die Ein-Personen-Haushalte mit allein lebenden älteren Menschen zunehmen.

Die Städte werden von dieser Entwicklung nur insoweit profitieren können, als trotz des prognostizierten Bevölkerungsrückgangs die Zahl der Haushalte bis zum Jahre 2015 nur geringfügig -

nämlich um 2 % - zurückgehen wird, während sich das Umland auf einen Zugewinn an Haushalten um beinahe 9 % einstellen muss.

Umso wichtiger ist es für die Städte, das Risiko einer tatsächlich stagnierenden oder negativ verlaufenden Bevölkerungsentwicklung einzuschätzen und dieser entgegenzuwirken. Dies um so mehr, als abzusehen ist, dass sich andernfalls der seit einigen Jahren zu beobachtende Abwanderungsprozess von den Städten in das Umland weiter fortsetzen wird.

Nun ist jedoch bekanntermaßen eine weitere Entwicklung zu beobachten:

Wir altern und schrumpfen! Anders ausgedrückt: Wir werden immer weniger, dafür leben wir länger!

Die Zahl der unter 20-jährigen sowohl in den Städten als auch im ländlichen Raum wird zurückgehen. Derzeit leben in der Stadt Büdelsdorf 2054 Personen, die jünger als 20 Jahre sind. Für die Stadt Rendsburg wird von Experten ein Rückgang von 20 %, für den übrigen GEP-Raum von 7 % bis zum Jahre 2015 vorhergesagt.

Die Stadt Büdelsdorf erwartet damit einen Rückgang, der irgendwo dazwischen liegt. Natürlich bleibt die Wanderung der jüngeren Bevölkerungsgruppen von der Stadt in das Umland nicht ohne Wirkung auf die dortige Altersstruktur der Bevölkerung.



Interessanterweise wird der Alterungsprozess im Umland deutlich stärker ausfallen als in der Stadt: Im Vergleich zum Jahre 2004 wird der Anteil der Menschen, die älter sind als 65 Jahre im Umland um 18 % steigen, während dies in der Stadt nur 7 % mehr sein werden. Im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung betrachtet ist es jedoch so, dass der Anteil der Menschen, die älter als 65 sind, in der Stadt Rendsburg im Zeitraum von 2004 - 2015 von 20 % auf 23 % steigen wird,

während er im Umland mit 19,3 5 bzw. 19,7 % nahezu konstant bleibt.

Derzeit sind in der Stadt Büdelsdorf ca. 2291 Menschen älter als 65 Jahre, das sind rund 22 % aller Einwohnerinnen und Einwohner. Angesichts der prognostizierten Entwicklung für die Stadt Rendsburg und das Rendsburger Umland und aufgrund der Tatsache, dass die Stadt Büdelsdorf stets im Mittel dieser Prognosen liegt, kann hier von einer geringfügigen Zunahme der Über-65-jährigen ausgegangen werden.

Generell lässt sich sagen, dass sich die entscheidenden Veränderungen in der Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungsstruktur bis zum Jahre 2030 vollziehen werden: Die geburtenstarken Jahrgänge der Babyboomer werden bis dahin das Senioren- und Hochbetagtenalter erreicht haben, so dass die bis dahin fortschreitende Alterung der Gesellschaft ab dem Jahr 2030 nahezu konstant bleibt. Desweiteren wird die Bevölkerungszahl bereits im Jahr 2011 ihr Maximum erreicht haben und danach kontinuierlich abnehmen. Nach 2030 ist nicht mehr mit einer Zunahme der Bevölkerung bis zum Jahr 2050 zu rechnen.

Was heißt das alles nun für den Lebens- und Wirtschaftsraum Rendsburg und damit auch für die Stadt Büdelsdorf?

Es werden weiterhin die sozialen, kulturellen und technischen Infrastrukturen an diese Entwicklungen anzupassen sein – nur schneller. Die ausschlaggebenden demographischen Effekte werden sich schon in den kommenden Jahrzehnten zeigen und machen frühzeitiges Handeln in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens erforderlich.

So weiß man bereits heute, dass veränderte (maßgeblich altersbedingt) Bedarfe und Verbrauchsgewohnheiten zu einem deutlichen Rückgang des Wasserverbrauchs führen. Ähnlich betroffen sind Abwasser- und Fernwärmeversorgungsnetze.

Für die Ver- und Entsorger tritt zunächst vorrangig das Problem von Einnahmeausfällen auf Grund wegfallender Gebühren auf. Zusätzliche kurz- und mittelfristige Kosten entstehen dann infolge notwendiger betriebsbedingter Maßnahmen. So sind beispielsweise bei höheren Standzeiten in den Trinkwassernetzen zusätzliche Spü-

lungen erforderlich, um der drohenden Verkeimung des Trinkwassers entgegenzuwirken.

In einer Kurzformel ausgedrückt wird an diesem Beispiel die Herausforderung für die Kommunen deutlich: Die Infrastruktur muss an eine abnehmende Bevölkerung angepasst werden, sie muss bezahlbar bleiben und gleichzeitig die Versorgung mit öffentlichen und anderen Dienstleistungen sichern.



In der öffentlichen Daseinsvorsorge sind leistungsfähige Einheiten bei Wahrung qualitativer Standards zu bündeln. Schwerpunkte sind hier neben der Grundversorgung u.a. die Bildung (z.B. Gemeinschaftsschulen, regionale Berufsschulen), die medizinische Versorgung (z.B. Zentrale Gesundheitshäuser und Ärztenetzwerke) und Mobilität (z.B. Gemeinschaftsverkehre).

Auch ist die Erhaltung einer selbständigen Lebensführung im Alter eines der vorrangigen Ziele. Da mit zunehmendem Alter der räumliche Aktionsradius häufig aus körperlichen, sozialen oder psychischen Gründen eingeschränkt ist, werden die eigene Wohnung bzw. das eigene Haus und das unmittelbare Wohnumfeld für die selbständige Lebensführung und das individuelle Wohlbefinden sehr bedeutsam. In der Stadtentwicklungsplanung sind daher kurze Entfernungen zu Versorgungszentren und öffentlichen Einrichtungen wie Bürgerzentren, Bücherei und Sozialen Dienstleistungs- und Beratungszentren einzuplanen. Für die älter werdende Bevölkerung sind zudem spezielle Angebote vorzuhalten. Dies betrifft insbesondere auch die Freizeit-, Bildungs- und Beschäftigungsangebote. Beispiel für eine Anpassung an die sich ändernden Gegebenheiten sind sog. Markt-Treffs, in denen verschiedene Dienstleistungen unter einem Dach wieder mehr Service und Lebensqualität in die Kommunen

bringen. Das betreute Wohnen im Alter und Möglichkeiten zum sog. generationsübergreifenden Wohnen entsprechen ebenfalls den gesellschaftlichen und sozialpolitischen Zielsetzungen einer modernen Stadt. Auch die barrierefreie Straßenumgestaltung sollte mehr als bisher ins Blickfeld der Planungen geraten.



Erforderlich ist auch ein verstärkter Ausbau der Kinder- und Familienförderung über staatliche

Familienfreundlichkeit als kommunaler Standortfaktor

*Astrid Geruhn und Erk Ulich,
Kreis Dithmarschen*

Die Art und Weise, wie die Städte und Gemeinden die Herausforderungen des demographischen Wandels annehmen und gestalten, entscheidet über die Lebensqualität ihrer Bürger und Bürgerinnen und somit über ihre Zukunftsfähigkeit.

Fakt ist, dass der demographische Wandel das künftige Leben auch im Kreis Dithmarschen verändern wird. Doch anders als vielerorts, begreifen die Verantwortlichen im Kreis eine rückläufige und älter werdende Bevölkerung nicht als Bedrohung, sondern als Chance für eine zukunftsfähige Erneuerung. Seit Januar 2005 befasst sich der Kreis Dithmarschen intensiv mit der aktiven Gestaltung des demographischen Wandels.

Gleichzeitig wurde Dithmarschen Modellkommune der Bertelsmann Stiftung mit dem Projekt

Infrastrukturangebote – nicht als Substitut für Erwerbstätigkeit, sondern um Elternschaft und Berufstätigkeit besser vereinbaren zu können.

Schulen könnten bereits heute so geplant werden, dass sie in fünfundzwanzig und auch in vierzig Jahren mit geringen Kosten zu Unternehmen oder zu Kultur- und Freizeitzentren umgebaut werden können.

Die Kommunen sollten nicht den Fehler begehen, Lösungen im Alleingang zu suchen oder sich gegenseitig die Einwohner abzuwerben. Vielmehr bieten interkommunale Kooperationen mit einem gesamtstrategischen Ansatz große Handlungs- und Entwicklungspotenziale. Die Städte Büdelsdorf und Rendsburg haben hier mit einem gemeinsamen integrierten Stadtentwicklungs- und Wohnraumversorgungskonzept Handlungsansätze aufgezeigt.

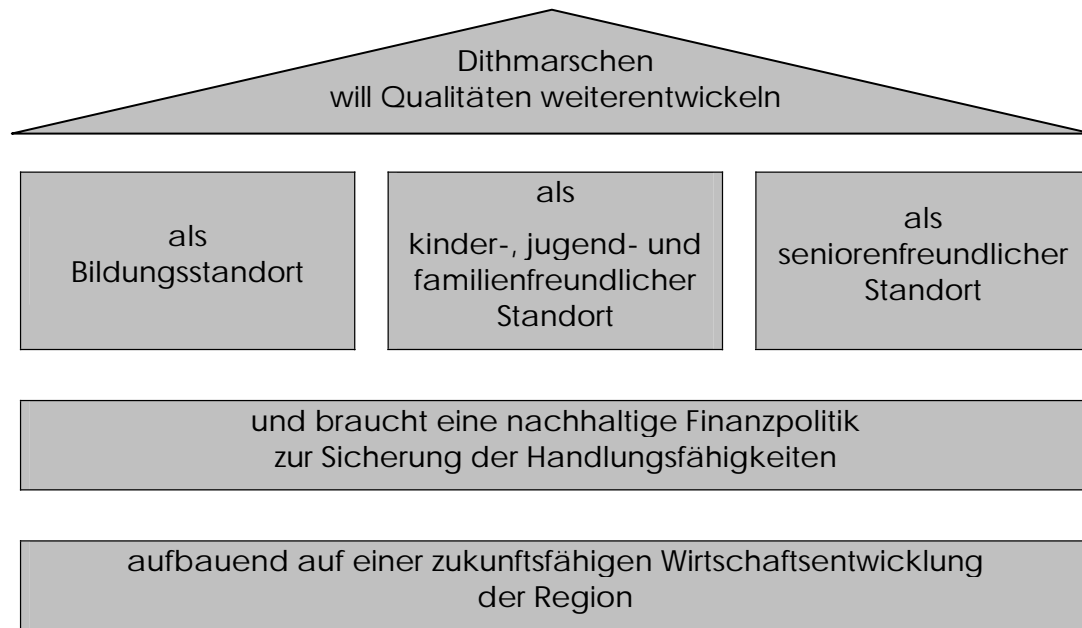
Der demographische Wandel muss also nicht Trauma sein, sondern birgt die Chance für eine nachhaltige Modernisierung und Qualifizierung der Infrastruktur, die allen zugute kommt: Alten wie Jungen!

"Kreis Dithmarschen im Demographischen Wandel".



Gemeinsam mit der Bertelsmann Stiftung als starken, kompetenten und innovativen Partner an seiner Seite und zahlreichen Akteuren aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik, Verwaltung und sozialen Einrichtungen, hat der Kreis Dithmarschen eine Präventionsstrategie mit klar gesetzten Prioritäten erarbeitet, die das Ziel verfolgt, die Auswirkungen des weniger und älter Werdens abzumildern und eine langfristige Trendumkehr anzustreben.

Dithmarschen konzentriert sich dabei auf folgende Handlungsschwerpunkte:



Im Wettbewerb der Kommunen wird die Familienfreundlichkeit zunehmend zum kommunalen Standortfaktor. Das ist den Verantwortlichen im Kreis Dithmarschen klar und so steht dann auch die Kinder-, Jugend- und Familienfreundlichkeit gemeinsam mit den Schwerpunktthemen Bildung und Seniorenfreundlichkeit ganz oben auf der Prioritätenliste des Kreises bei der aktiven Gestaltung des demographischen Wandels.

Neben einer Vielzahl familienrelevanter Aufgaben, die der Kreisverwaltung obliegen wie zum Beispiel die Kindertagesstätten-Bedarfsplanung, die Jugendhilfe oder die Schülerbeförderung, setzt der Kreis bereits konkrete Projekte und Maßnahmen um, die dem Ziel, die Familienfreundlichkeit zu steigern, Rechnung tragen.

Beispiele:

- Unter dem Leitprojekt „**Kita-Region Dithmarschen**“ bietet der Kreis den Gemeinden Workshops an für das Erkennen der Ausgangslage, für die Zielfindung und zur Erarbeitung von Umsetzungsmöglichkeiten unter den Bedingungen des demographischen Wandels. Ziel des Projektes ist die Qualifizierung und Vernetzung der Kindertagesstättenangebote im Kreisgebiet.
- Das **Familienportal** wird ab Oktober 2007 als Dienstleistung und Informationsbörse für Familien zur Verfügung stehen, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu unter

stützen und den Markt der Kinderbetreuungsangebote transparenter zu machen.

- Das Projekt **Familienfreundliche Personalpolitik der Westküstenkliniken Brunsbüttel und Heide gGmbH** dient als Impulsprojekt, um andere Betriebe anzuregen, in diesem Bereich aktiv zu werden.
- Das Projekt **Chefsache Familie** unterstützt kleine und mittlere Betriebe bei der langjährigen Bindung der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen durch die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
- Durch die **Anpassung der Kita-Finanzierung** fördert der Kreis nachhaltig die Unterstützung der Umwandlung von Regelgruppen in „altersgemischte“ Gruppen.
- Eine besondere Herausforderung liegt in der **Sensibilisierung** der Öffentlichkeit für Handlungsbedarfe und -erfordernisse zur Verbesserung der Kinder-, Jugend- und Familienfreundlichkeit.

Wichtigste Voraussetzung sowohl für die Sensibilisierung als auch für eine aktive und zielorientierte Gestaltung eines familienfreundlichen Umfeldes ist die genaue Kenntnis der Bedürfnisse der Menschen in den einzelnen Kommunen.

Der Kreis Dithmarschen hat deshalb die Offensive ergriffen und im Sommer 2006 unter dem Motto „Vorfahrt für Familien“ eine in ihrer Art und ihrem Umfang bundesweit einzigartige

Bürgerbefragung durchgeführt. Die Umfrage nach der gefühlten Familienfreundlichkeit in der Wohngemeinde richtete sich an alle Familien mit Kindern unter 18 Jahren. Mit der Bertelsmann Stiftung und Herrn Prof. Dr. Müller von der Fachhochschule Westküste standen dem Kreis bei der Vorbereitung, Durchführung und Auswertung kompetente Partner zur Seite.

Zielsetzung der Befragung:

- Einschätzung der Familienfreundlichkeit einer Kommune durch deren Einwohner und Einwohnerinnen in Abhängigkeit von dem Wohnumfeld, der Existenz und der Erreichbarkeit bestimmter Einrichtungen, dem Umfang und der Qualität des Betreuungsangebotes
- Probleme bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf aufzudecken
- Ermittlung des zukünftigen Betreuungsbedarfs
- Analyse auf der Ebene des Kreises
- Differenzierte Analyse auf Ebene der Ämter

Die hohe Rücklaufquote von fast 20 % (üblich sind 10 %) zeigt, dass die Familienfreundlichkeit ein wichtiges Thema für die Menschen in Dithmarschen ist.

Im Durchschnitt beurteilen die Bürger und Bürgerinnen die Familienfreundlichkeit in ihren Städten und Gemeinden mit der Schulnote 3. Aber ist das gut genug, um trotz der nicht umkehrbaren demographischen Auswirkungen eine zukunftsfähige Gemeinde zu sein? Der Kreis Dithmarschen sagt Nein!

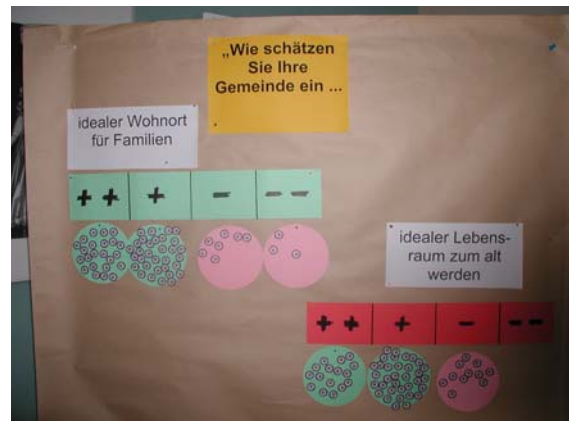
Die Bürgerbefragung lieferte die Informationsgrundlage für eine breit angelegte Sensibilisierungsoffensive.

Im ersten Schritt, im Herbst 2006, wurden die Ergebnisse der Befragung den Bürgermeistern sowie den Stadt- und Gemeindevertretern im Rahmen einer Fachtagung vorgestellt. Als Referentinnen und Referenten für diese Fachtagung konnten gewonnen werden Frau Staatssekretärin Wiedemann, Herr Prof. Dr. Müller, eine Vertreterin der Gemeinde Laer, die in puncto Familienfreundlichkeit als herausragende Vorbildgemeinde gilt, sowie Herrn Große Starmann von der Bertelsmann Stiftung.

Der zweite Schritt umfasst Regionalkonferenzen in den Amtsbezirken. Sie bilden den Rahmen, die

Ergebnisse der differenzierten Analyse in Verbindung mit den Prognosen einer kleinräumigen Bevölkerungsvorausberechnung vorzustellen und geben den Impuls für die Auseinandersetzung mit dem Thema in den Gemeinden.

Im dritten Schritt bietet der Kreis Dithmarschen den Gemeinden Unterstützung an bei der Auseinandersetzung mit der individuellen Ausgangslage und der Erarbeitung von Zielsetzungen zur Verbesserung ihrer Familienfreundlichkeit und Umsetzungsmöglichkeiten.



Im Jahr 2009 soll die Befragung wiederholt werden. Ziel ist es, dann mit der Schulnote 2 abzuschneiden.

Für die Beteiligten im Kreis Dithmarschen steht fest: Familienfreundlichkeit steht im engen Kontext mit der Entwicklung des Kreises insgesamt und darf deshalb nicht als Luxus angesehen werden, den man sich nicht leisten kann. Die Funktionsfähigkeit der Gemeinden ist abhängig von den Menschen, die in ihnen leben und entscheidend für eine Zukunft im ländlichen Raum. Aus diesem Grund wird der eingeschlagene Weg, die Familienfreundlichkeit als kommunalen Standortfaktor zu stärken, kontinuierlich weiter verfolgt.



LEADER+: Modellhafte Jugendarbeit im Kreis Steinburg

Olaf Prüß,
Region Nord, Itzehoe

Vom Modell (LEADER+) zum flächendeckenden Ansatz (AktivRegionen)

Zusammen mit fünf weiteren Regionen setzt die Lokale Aktionsgruppe Steinburg (LAG Steinburg) den modellhaften LEADER+-Ansatz in Schleswig-Holstein seit 2002 um. Grundlage war eine landesweite Ausschreibung, bei der die LAG Steinburg mit ihrer Entwicklungsstrategie überzeugen konnte.

Die LAG ist bisher als nichteingetragener Verein organisiert. Der Vorstand wird aus öffentlichen Partnern und den sogenannten Wirtschafts- und Sozialpartnern gebildet, die über die Projektförderung entschieden haben. Das Fördergebiet erstreckt sich auf den gesamten Kreis Steinburg. Aufgrund der Programmvorgaben konnte die Kreisstadt Itzehoe nicht in die Förderkulisse einbezogen werden. Die Geschäftsstelle der Aktionsgruppe ist bei der egeb Entwicklungsgesellschaft Brunsbüttel mbH als Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Kreises angesiedelt. Sie wird in der Projektberatung von RegionNord unterstützt.

Die Steinburger Akteure haben sich mit den Handlungsfeldern „Vermarktung regionaler Produkte und regionale Wirtschaftskreisläufe“, „Wohn- und Lebensqualität“ und „Regionalmanagement“ drei Arbeitsschwerpunkte gesetzt.

Seit 2002 wurden 58 Förderprojekte mit einem Investitionsvolumen von 4,2 Mio. € auf den Weg gebracht. Hierbei wurden EU-Fördermittel in Höhe von 2,1 Mio. € eingesetzt. 135 Arbeitsplätze konnten durch die Maßnahmen gesichert bzw. geschaffen werden.

Das Modell LEADER+ war ein voller Erfolg, der im neuen Förderzeitraum (2007-2013) mit den AktivRegionen in Schleswig-Holstein zum flächendeckenden Ansatz für die ländliche Regionalentwicklung wird. Die Lokale Aktionsgruppe Steinburg wird sich zur AktivRegion weiterentwickeln und die zukünftige Förderkulisse wird sich auch auf die Kreisstadt Itzehoe ausdehnen.

Jugendarbeit ist regionale Zukunftsaufgabe

Arbeitsschwerpunkt im Handlungsfeld „Wohn- und Lebensqualität“ der Lokalen Aktionsgruppe ist die Unterstützung der Jugendarbeit im Kreisgebiet. 17 Förderprojekte mit einem Finanzvolumen von 1,38 Mio. € und einem EU-Fördervolumen von 680.000 € veranschaulichen die Bedeutung dieses Handlungsfeldes in der LAG.

Alle Projekte basieren auf lokalen Initiativen von Kommunen, die oft in interkommunalen Projekten zusammen arbeiten und dabei intensiv ehrenamtliches Engagement einbinden.

Damit ist die Quintessenz der Jugendförderung im ländlichen Raum bereits vorweggenommen: Zukunftsfähige Jugendarbeit setzt auf interkommunale Kooperationen und die Kooperation von kommunalem und ehrenamtlichen Engagement. Hier kann der ländliche Raum mit seinen persönlichen Netzwerken seine Stärken ausspielen.



Inhaltlich beschäftigen sich die Projekte mit der Errichtung von Jugendtreffpunkten im ländlichen Raum, mit der Jugendbetreuung, mit dem Aufbau von ganztägigen Betreuungsangeboten an Schulen und mit der Schnittstelle von Jugend zum Beruf.

In Wilster und Heiligenstedten wurden Schulhöfe von Kindern, Jugendlichen, Eltern und Schülern umgestaltet. Grundlagen bildeten Zukunftswerkstätten, in denen die Schüler mitplanten und –gestalteten. Den Umbau selber haben die Schüler, Lehrer und Eltern ebenfalls nach Kräften unterstützt. So wurde an gemeinsamen Spielorten gebuddelt und gepflanzt. „Mit Buntstift und Hacke“ so lautete das gemeinsame Projektmotto. Die Schulhöfe werden nun auch außerhalb

der Schulzeit sehr gut angenommen und haben neben der Schulfunktion auch eine Freizeitfunktion erhalten.

Zu Beginn des LEADER+-Programmes steckte die Nachmittagsbetreuung an den Schulen noch in den Kinderschuhen. Mit Hilfe des Programmes wurden in Wilster, Horst und Kellinghusen modellhaft Nachmittagsbetreuungsangebote aufgebaut. Über das Bundesprogramm IZBB wurden die baulichen Voraussetzungen an den Standorten geschaffen (Aufenthaltsgebäude, Küchen, usw.). Die Lokale Aktionsgruppe unterstützte in den ersten drei Jahren den Aufbau der Kursangebote, sozialpädagogische Betreuungsangebote und die Organisation der Nachmittagsbetreuung. In Wilster kooperieren im Projekt drei Schulen miteinander, in Kellinghusen wird auf eine enge Verzahnung mit dem örtlichen Jugendaufbauwerk gesetzt und in Horst bildet die Berufsvorbereitung einen besonderen Schwerpunkt der Arbeit.



Mit der „Nordjob“ konnte die Lokale Aktionsgruppe eine Ausbildungsmesse im Kreis Steinburg etablieren. Diese wurde an den „Tag der beruflichen Bildung“, der von den Beruflichen Schulen bereits organisiert wurde, angegliedert. Am „Tag der beruflichen Bildung“ konnten sich Schüler über mögliche Ausbildungsberufe und über weiterbildende Schulangebote in der Berufsschule informieren. Mit der „Nordjob“ wurde das Angebot erweitert, so dass nun auch das Studienangebot der FH Westküste sowie das Ausbildungsangebot von mehr als 40 Unternehmen vorgestellt wird. Die „Nordjob“ setzt dabei auf den unmittelbaren Kontakt zwischen Schülern und Ausbildungsbetrieben. Im Vorfeld werden feste Gesprächstermine zwischen Schülern und möglichen Ausbildungsbetrieben vereinbart.

1.500 Schüler aus dem ganzen Kreisgebiet nehmen das Angebot wahr. 4.000 Gespräche werden an dem Tag geführt.



In Brokstedt und Wacken haben die Jugendlichen durch LEADER+ ihr eigenes Jugendhaus erhalten.

Das Jugendhaus im Mittelpunkt von Wacken wird regelmäßig von 30 – 40 Jugendlichen aus Wacken und den Umlandgemeinden aufgesucht. Die Betreuung hat der Verein Janawa (Jugendarbeit im Nahbereich Wacken) übernommen. Eine sozialpädagogische Betreuung ist beim Verein eingestellt worden. Der Verein finanziert sich über die Gemeinde Wacken, die Kirchengemeinde, die Umlandgemeinden und durch private Mitgliedsbeiträge.

Die Gemeinde Brokstedt ist mit ihrem Jugendengagement seit Jahren das Aushängeschild in der Region. Dies ist vor allem dem Verein „Miteinander Leben (MiLe) zu verdanken, der mit großem Engagement und tollen Ideen das Jugendangebot gestaltet. Das Jugendumwelthaus wurde zu 80 % von Jugendlichen und Ehrenamtlern gebaut. Schüler wurden sogar in der Bauphase vom Unterricht freigestellt. Das Haus nutzt ausschließlich alternative Energiequellen. Nächstes Ziel des Vereins ist es, sich verstärkt um Hauptschüler ohne Ausbildungsplatz zu kümmern. Das Jugendumwelthaus hat den Engagierten einen enormen Schub gegeben und wird auch von den Jugendlichen aus den Umlandgemeinden genutzt.

Im Amt Itzehoe-Land sind die 16 Gemeinden einen anderen Weg gegangen. Sie haben über mehrere Jahre einen „Amtsjugendpfleger“ eingestellt, der als Streetworker direkt in den unterschiedlichen Gemeinden gearbeitet hat. So entstanden in den Gemeinden kleine Netzwerke

und ehrenamtliche Betreuer für die Jugendarbeit konnten gefunden werden. In Kaaks entstand im Rahmen der landesweiten 24-Stundenaktion des Landjugendverbandes ein Jugendtreffpunkt. Ein Jugendrat wurde eingerichtet.



In der Wilstermarsch sind in den 15 Gemeinden mittlerweile drei Multifunktionsplätze für Fußball, Tennis, Volleyball und Basketball entstanden. Jeder Standort hat sich zum Treffpunkt der Jugend auch aus den Umlandgemeinden entwickelt. LEADER+ finanzierte einen dieser Multifunktionsplätze mit. Für besondere Veranstaltungen und Feste in den Kommunen wurde auf Amtsebene mit dem Marschmobil ein Spielmobil erworben, das von den Kommunen und Vereinen gebucht werden kann.

Den „Abschluss“ der LEADER+-Projektphase bildete eine Jugendmesse im Kreis Steinburg, bei der alle Projekte vorgestellt wurden und sich die unterschiedlichen Jugendinitiativen austauschen konnten. Die Jugendmesse wurde mit einem Jugendhilfetag kombiniert.

Regionale Lösungen und Kooperationen sind die Grundlage für die Jugendarbeit

Die Projektansätze sind so individuell wie die Kommunen im ländlichen Raum. Gemeinsam ist den Zukunftsprojekten der interkommunale Ansatz sowie die Kombination von kommunalem Engagement mit dem Ehrenamt im ländlichen Raum. Die Jugendlichen wurden in vielen Projekten bereits in die Planung eingebunden. Sie übernehmen dann auch Verantwortung im „Tagesgeschäft“. Die genannten Projekte kommen mehr als 4.300 Kindern und Jugendlichen im ländlichen Raum zu Gute.

LEADER+ hat der Aktionsgruppe die Freiheit gegeben, sowohl investive wie auch nichtinvestive Projekte zu unterstützen. So konnte die Aktionsgruppe flexibel auf die ortsspezifischen Ansätze reagieren.

Es ist so gut wie sicher, dass auch die AktivRegion Steinburg die Jugendarbeit wieder als ein Schwerpunktthema bearbeiten wird. Die neuen Schulformen, der demographische Wandel, das Ausbildungsplatzangebot, E-Learning – das Umfeld der Jugendarbeit im ländlichen Raum wandelt sich derzeit rasant.

Gefragt sind modellhafte Lösungen mehr denn je und das AktivRegionen-Programm ist das Instrument für modellhafte Projekte im ländlichen Raum.



Von der Grünen Mitte zum Holsteiner Auenland – Eine Region ist, was sich als Region fühlt

*Christian Noack,
Regionalmanagement Holsteiner Auenland*



Regionalmanagement, Regionalentwicklung, Regionalplanung, Bottom-Up-Prinzip, Public-Private-Partnership und so weiter. Bei dieser Menge, an zum Teil eingedeutschten und nicht immer greifbaren Begrifflichkeiten, ist es kaum

verwunderlich, dass viele Bürgerinnen und Bürger wenig mit der Arbeit um ihre Region anfangen können. Dabei ist es gerade das Ziel einer Regionalentwicklung handlungsorientiert zu sein und durch die Beteiligung nicht nur öffentlicher, sondern auch privater Akteure zur Demokratisierung des Planungsgeschehens in einer Region beizutragen. Von unten nach oben (bottom-up), so soll eine Region aufgebaut sein, die Bevölkerung von Anfang an in Planungsprozesse und Entscheidungsfindungen eingebunden werden.

Das in diesem Jahr vom Land Schleswig-Holstein gestartete Zukunftsprogramm „Ländlicher Raum“ soll mit dem Ansatz der „AktivRegionen“ die Entwicklung von ländlichen Regionen unterstützen. Im ganzen Land werden sich dazu Regionen etablieren, welche sich selbst organisieren, selbst ihre Entwicklungsziele definieren und in denen alle interessierten Bürger in den Entwicklungsprozess eingebunden werden können. Vernetzungen sollen stattfinden, wirtschaftliche Kreisläufe gestärkt und innovative Projekte gefördert werden. Wie sich das auf der praktischen Ebene einer Region gestaltet, soll in diesem Artikel einmal anhand der Entstehungsgeschichte der recht jungen Region „Holsteiner Auenland“ dargestellt werden.

Im Begriff „Regionalentwicklung“ findet sich die Bezeichnung Entwicklung wieder, und Entwicklung beinhaltet immer einen nicht unerheblichen zeitlichen Aspekt. Dass die Entstehung einer Region aber nicht immer historisch gewachsen sein muss, wie es Balderjahn (1995) definierte, zeigt unser Beispiel des Holsteiner Auenlandes. Eine Region ist, was sich als Region fühlt. Für das Holsteiner Auenland begann der Regionalentwicklungsprozess im Januar 2005, mit dem damals aktuellen Förderprogramm „Zukunft auf dem Land“ (ZAL). Die Kommunen der Ämter Bad Bramstedt-Land, Kellinghusen-Land, Rantzaу, Kaltenkirchen-Land, Hörnerkirchen, Rickling und Aukrug sowie der beiden Städte Bad Bramstedt und Kellinghusen fanden über die LSE-II (Ländliche Struktur- und Entwicklungsanalyse) zueinander und entwickelten eine Zusammenarbeit auf zunächst kommunaler Ebene. Es begann ein Prozess des Umdenkens, in dem man über die bisherigen Gemeinde- und Amtsgrenzen hinaus plante und agierte. Getreu dem Motto „gemeinsam sind wir stärker“ wurden Synergien erkannt und gemeinsame Stärken sowie gemeinsame Schwachpunkte thematisiert. Schnell wur-

de man sich einig, dass das Thema Tourismus das zentrale Handlungsfeld aller Beteiligten darstellte, für welches es in der Region noch ungenutzte Potentiale gibt, die in Zukunft stärker bearbeitet werden sollten. Dazu wurde im nächsten Schritt die lokale Bevölkerung eingebunden und in Arbeitsgruppen konkrete Projektideen erarbeitet.

Für den neuen regionalen Zusammenschluss wählte man den Titel „Grüne Mitte Holstein“ und als erstes großes Projekt wurde für die gesamte Region ein Reitwegenetz initiiert. Über 600 Kilometer Reitwege wurden beschildert und in einer ersten Regionskarte mit einer Auflistung der Reithöfe dargestellt. Weitere Maßnahmen waren die Überarbeitung der Wassersportinfrastruktur im Amtsbereich Kellinghusen-Land, sowie die Ausarbeitung eines Gesamtkonzeptes für die weitere Zusammenarbeit. Damit wurde schon der Grundstein für die 2007 gestartete Förderperiode im Zukunftsprogramm Ländlicher Raum gelegt. Bis Juli 2007 gab es dann noch einige strukturelle Umstellungen. So traten dem Verbund die Gemeinde Hohenlockstedt und zuletzt die Stadt Barmstedt bei und auf der anderen Seite schloss sich das Amt Aukrug der zukünftigen AktivRegion „Mittelholstein“ an.

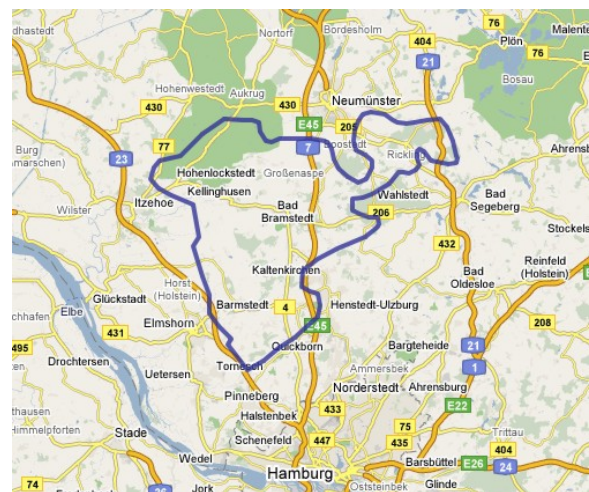


Abb. 1: Karte „Holsteiner Auenland“
(Quelle: Google Maps, 2007)

Im Juni 2006 wurde der „Grünen Mitte“ vom Ministerium für Landwirtschaft, Umweltschutz und ländliche Räume Schleswig-Holsteins die Chance eingeräumt, die Region im darauf folgenden Jahr, stellvertretend für das gesamte Land, auf der Grünen Woche in Berlin zu präsentieren. In den nun folgenden sechs Monaten wurde

unter Hochdruck gearbeitet und in Rekordzeit der Messeauftritt vorbereitet. Über das Büro „Markt und Trend“ aus Neumünster, welches mit der Gestaltung des kompletten Messeauftrittes beauftragt wurde, gab man der Region ein Gesicht (Corporate Design), indem man ein Logo, einen Slogan, ein graphisches Design und sogar ein Maskottchen als Sympathieträger für die Region erfand. Der wichtigste Punkt allerdings, der in diesem Zuge bearbeitet wurde, war der Regionsname. Mit der Bezeichnung „Grüne Mitte Holstein“ hatte man aus marketingtechnischen Gesichtspunkten keinen sehr überzeugenden Namen gewählt und so wurde der Name kurzerhand in „Holsteiner Auenland“ geändert.

Wie sich bei der Bewährungsprobe auf der Grünen Woche herausstellte, wurden Name und Design äußerst passend gewählt und kamen bei den Besuchern der Messe sehr gut an. Auch in der Region selbst konnte man sich schnell mit dem neuen Namen anfreunden. Er prägt sich bei den Menschen ein und fördert dadurch in nicht unerheblichem Maße auch das Zusammenwachsen der Region in den Köpfen der Einwohner. Besonders interessant ist dies mit dem Hintergrund, dass die Region den Tourismus stärken möchte. Ein attraktiver Titel mit Wiedererkennungswert ist dafür sehr hilfreich. Mit diesem Namen assoziieren Besucher ein zutreffendes Landschaftsbild mit weiten grünen Wiesen, wundervoll mäanderartig geschwungenen Gewässern und anmutigen Bäumen, die ihre Blätter bis tief an die Wasserkante hängen lassen. Vielleicht denkt der eine oder andere dabei auch an die kleinen Hobbits mit den behaarten Füßen, über die J.R.R. Tolkien in seinem Mythenwerk „Der Herr der Ringe“ schrieb. Aber weder verfügen

die Bewohner dieser Region über verstärkt behaarte Füße, noch hat es hier sonst etwas mit Tolkiens Geschichte auf sich. Was aber durchaus zutrifft, sind die landschaftlichen Parallelen.

Die Grüne Woche war noch in weiterer Hinsicht ein großer Erfolg für das Holsteiner Auenland, denn mit dem Messeauftritt so weit weg von zu Hause, machte man einen großen Schritt vorwärts, um den regionalen Zusammenhalt zu fördern. Durch die Einbindung vieler Akteure und Vereine aus der Region (es fuhren insgesamt 175 Menschen nach Berlin, um die neue Region vorzustellen, darunter z.B. die Landfrauen, die Vertreter der Kommunen, aber vor allem viele private Akteure) und der nötigen Öffentlichkeitsarbeit, war der Auftritt in Berlin mindestens genauso wichtig für die Werbung in der eigenen Region wie für das Außenmarketing.

Mit dem Ende der alten Förderperiode im Dezember 2006 und dem Beginn der neuen LEADER-Periode Anfang 2007 startete das Land sein neues Förderprogramm „Zukunftsprogramm Schleswig-Holstein“ mit den vier Teilbereichen Wirtschaft, Arbeit, Ländlicher Raum und Fischerei. Für das Zukunftsprogramm Ländlicher Raum wird es künftig ca. 20 „AktivRegionen“ in Schleswig-Holstein geben, wovon das Holsteiner Auenland eine sein möchte. Weiterführend aus den LSE-Prozessen der Region und in Vorbereitung auf die Bewerbung und die Aufstellung als AktivRegion, wurde für das Holsteiner Auenland im Januar 2007 ein Regionalmanagement eingerichtet. Dazu wurde im Ausschreibungsverfahren der Auftrag an das Büro RegionNord aus Itzehoe vergeben, welches als Geschäftsstelle mit der weiteren Bearbeitung der Regionalentwicklungsprozesse beauftragt ist.

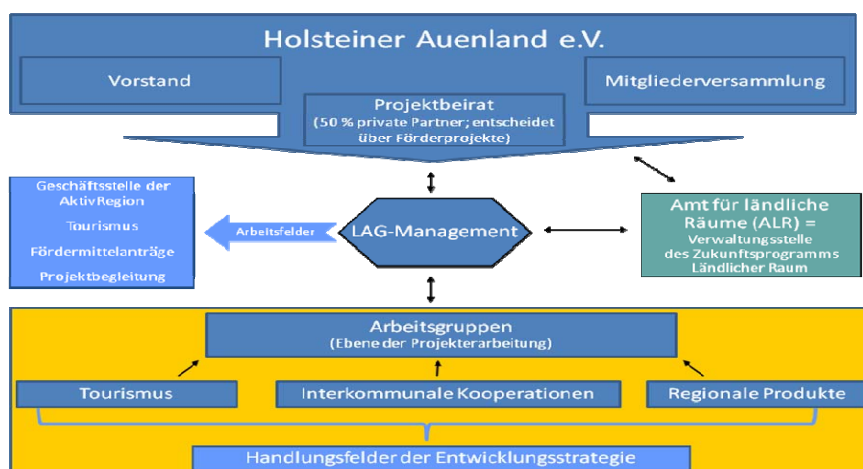


Abb. 2: Zukünftige Arbeitsstruktur im Holsteiner Auenland

Pünktlich zum Start des neuen Förderprogramms hat sich das Holsteiner Auenland als eine Region zusammengefunden, welche sich mit 800 km² über drei Kreise erstreckt, 10 Kommunen vereint und mit etwas mehr als 88.000 Einwohnern genau der geforderten Größe einer AktivRegion entspricht.

Neben der Begleitung der entstehenden Projekte, der Fördermittelbeantragung, dem Bestehen als regionale Ansprechstelle für die Akteure und

als Kontaktstelle für die Verwaltungsstelle des Zukunftsprogramms Ländlicher Raum, wird eine wichtige Aufgabe der Geschäftsstelle darin bestehen, die lokale Bevölkerung zur Partizipation zu animieren. In diesem Zusammenhang werden sich dann hoffentlich die schwer greifbaren Begriffe zur Regionalentwicklung auf verständliche Weise darlegen und die Zusammenarbeit auf Regionsebene zu einer selbstverständlichen Tätigkeit werden.

Neue Chancen für Schleswig-Holsteins Dörfer: MarktTreff – Bei uns ist alles drin

Ingwer Seelhoff,
Geschäftsführer ewS group gmbH, Lübeck



Bei uns ist alles drin.

Der Kaufmann hat für immer dicht gemacht. Der Bäckerladen ist geschlossen. Und im Landgasthof, in dem man sich immer traf, sind schon lange die Lichter ausgegangen. Auch in schleswig-holsteinischen Dörfern gehörte diese Situation fast schon zur Normalität. Nicht nur Arbeitsplätze und Lebensqualität gingen verloren. Die Menschen in den Dörfern kamen nicht mehr so zusammen wie früher: weniger Kontakte, weniger Gespräche, weniger Miteinander. Dass dies nicht so sein muss, beweist das Projekt MarktTreff, mit dem das nördlichste Bundesland im In- und Ausland Zeichen setzt.

„Mit dem Modell sind wir bundesweit führend“, sagt Dr. Christian von Boetticher, Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume. „Lebensmittel, verschiedene Dienstleistungen, Treffpunkt – das alles unter einem Dach zeichnet diese Idee aus.“ Gemeinsam mit engagierten Akteuren aus den Regionen, aus Wirtschaft, Verbänden und Gesellschaft hat die Landesregie-

rung Schleswig-Holstein das MarktTreff-Projekt entwickelt. Heute gibt es bereits in 23 Dörfern MarktTreffs, in ihrer Infrastruktur mit bis zu 50 % gefördert mit EU- und Landesmitteln. 11 weitere MarktTreffs sind zurzeit in Planung. In den nächsten Jahren soll die Zahl auf insgesamt 50 wachsen.

Der griffige Name MarktTreff steht für die Philosophie des Konzeptes: MarktTreff ist der lebendige Marktplatz für Produkte, Leistungen, Informationen, Ideen und Initiativen – maßgeschneidert für die jeweilige Gemeinde. Das Motto: „MarktTreff. Bei uns ist alles drin.“ Die Angebotsschwerpunkte in den einzelnen MarktTreffs sind dabei sehr unterschiedlich. Eines ist jedoch allen MarktTreffs gemeinsam: Möglichst viele Produkte, Services und Angebote sind hier zusammengefasst. Dadurch sollen sich die MarktTreffs wirtschaftlich langfristig tragen können.



Aber wie schaffen es die MarktTreffs, sich wirtschaftlich in der heutigen Einzelhandelslandschaft zu behaupten? Malte Obal von der BBE Unternehmensberatung kennt die MarktTreff-Standorte aus langjähriger Tätigkeit: „Das MarktTreff-Konzept geht auf. Die Verbindung von Versorgung, Dienstleistungen und Treff-Möglichkeiten macht die MarktTreffs attraktiv. Die Lebensmittelmärkte sind modern und bieten ein umfangreiches und frisches Angebot. Aber das allein genügt nicht. Dort, wo Kundinnen und Kunden einen guten Service und einen netten, persönlichen Kontakt genießen, sind die MarktTreffs besonders erfolgreich. Nach dem Einkauf zu klönen oder eine Tasse Kaffee zu trinken, die Kleidung zur Reinigung abzugeben oder im Sprechzimmer der Amtsverwaltung seinen Personalausweis verlängern zu lassen – das ist es, was die MarktTreffs besonders und erfolgreich macht.“

Frank Eisoldt von der ews group, verantwortlich für das landesweite MarktTreff-Projektmanagement, sieht nach mehreren Jahren intensiver Arbeit auf vielen Ebenen positive Effekte: „Wenn ein Standort wie Gülzow im Kreis Herzogtum Lauenburg insgesamt 17 Arbeitsplätze geschaffen hat oder in Ladelund unweit der dänischen Grenze täglich über 20 Jugendliche im Treff zusammenkommen, ist das beispielhaft – und es macht nachvollziehbar, warum selbst aus Österreich schon Interessierte angereist sind, um sich vor Ort über das Erfolgsprojekt MarktTreff zu informieren.“

Ehrenamt als ein treibender Motor

Ohne die Menschen in der Kommune geht bei MarktTreff nichts – von Anfang an. Die dörfliche Gemeinschaft ist wesentlicher Träger und Ideengeber eines jeden MarktTreffs. Deshalb werden Bürgerinnen und Bürger von Beginn an intensiv mit eingebunden. Jede Gemeinde erarbeitet ihre individuellen Anforderungen, die Inhalte und die Gestaltung der Angebote und Dienstleistungen.

Die Basis für MarktTreffs ist grundsätzlich gut in Schleswig-Holstein: Über ein Drittel der Menschen engagiert sich hier für das Gemeinwesen. „Wie wir aus der gemeinsamen Arbeit im MarktTreff-Beirat wissen“, betont Dr. Willy Diercks, Geschäftsführer des SHHB, „bündeln MarktTreffs als Plattformen in vorbildlicher Wei-

se ehrenamtliches Engagement in ländlichen Gemeinden.“

MarktTreffs sind generationsübergreifend konzipiert – und werden damit zu echten Kommunikationstreffs. Sie schaffen Identifikation („Hier geh' ich hin“, „Hier fühle ich mich wohl“, „So etwas brauchen wir im Dorf“). Dabei soll jeder MarktTreff auf unterschiedliche Interessenlagen eingehen und gezielt Raum für Angebote bieten für Kinder, Jugendliche, Erwachsene, Senioren, Vereine, Verbände, Initiativen und Gruppen.

So wird Gemeinschaft neu erlebt und gelebt: Es entsteht ein neues dörfliches Zentrum, in dem sich alle Generationen angesprochen fühlen und zusammenkommen. SHHB-Geschäftsführer Diercks weiß, dass Vereine und Verbände entscheidende gesellschaftliche Faktoren sind. „Sie sollten deshalb in jedem Fall für die MarktTreff-Idee gewonnen werden, um das Vorhaben langfristig zu unterstützen.“



Ressourcen gezielt gebündelt

Wer mit Dorit Jensen spricht, bekommt schnell eine Vorstellung, wie wichtig und zugleich attraktiv die Angebote von Vereinen in den ländlichen Regionen sind. Jensen ist Vorstandsmitglied des Vereins Munkbrarup-Freizeit e. V., der Betreiberin des dortigen MarktTreffs im Kreis Schleswig-Flensburg. Der Verein hat das besondere Trägermodell entwickelt und koordiniert die Aktivitäten. Und davon gibt es jede Menge. So spricht der TSV Munkbrarup alle Generationen an: mit der Zwergengruppe über Kindertanz bis zu Step, mit Walking und Bauchtanz, mit Rückenschule und Fit ab 60. Der Amtskulturring bietet Computerkurse für jedes Alter. Dazu kommen Angebote und Veranstaltungen des DRK und der Pfadfinder, vom Kreisfußballverband, dem Senio-

renbeirat, dem Archivverein. Und auf besonders große Nachfrage trifft die Ferien-Kinderbetreuung. „In Zeiten knapper Kassen“, so Dorit Jensen, „müssen die Ressourcen gebündelt werden. Am besten können wir alle gemeinsam etwas für unsere Gemeinden tun.“



Der landesweit erste MarktTreff-Verein wurde 2004 in Witzwort (Kreis Nordfriesland) gegründet. Vorsitzender Werner Arnold sieht in dem Verein ein ideales Forum, um ehrenamtliches Engagement zu konzentrieren. „Unsere Mitglieder bringen Kompetenzen aus unterschiedlichen Bereichen mit. Damit können sie den MarktTreff vielfältig unterstützen.“ Der 2004 eröffnete MarktTreff in Christiansholm (Kreis Rendsburg-Eckernförde) ist als neuer Dorfmittelpunkt bereits etabliert. Großen Anteil daran hat der Holmer MarktTreff-Verein mit seinen mittlerweile über 100 Mitgliedern. Der Verein bietet ein vielseitiges Programm in den Räumen der Gastwirtschaft an: vom PC-Kurs für Einsteiger bis zum Klöntreff für Senioren.

Rund zwölf Kilometer vor den Toren Kiels liegt Kirchbarkau. Seit dort der MarktTreff 2001 erstmals seine Türen öffnete, hat sich einiges verändert. „Früher wirkte das Dorf tagsüber oft wie tot“, erinnert sich MarktTreff-Betreiber Heinz-Jürgen Harms. „Jetzt ist wieder Leben in unserem Dorfzentrum – beim MarktTreff.“ Nur Mittwochnachmittags sei dies noch anders: Da habe der MarktTreff geschlossen.

Weitere Informationen zum Projekt MarktTreff:

Projektinitiator und Projektsteuerung

Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein

Ansprechpartnerin Christina Pfeiffer
Telefon 0431-9885078
Telefax 0431-9885073
E-mail Christina.Pfeiffer@mlur.landsh.de

Im Internet:
www.markttreff-sh.de

Projektmanagement
ews group GmbH
Ansprechpartner Frank Eisoldt
Telefon 0451-4805530
Telefax 0431-4805555
E-mail eisoldt@ews-group.de



Impulse: Fördermöglichkeiten und Dienstleistungsangebote zum Thema

Initiative „AktivRegion“ im Rahmen der neuen EU-Förderperiode „ELER“ von 2007 bis 2013²

Christina Pfeiffer,
Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein

Die Landesregierung setzt mit der neuen Förderinitiative „AktivRegion“ auf die Stärken der ländlichen Regionen - für mehr Wirtschaftskraft, neue Partnerschaften und mehr Lebensqualität. Einführung

Unsere ländlichen Regionen in Schleswig-Holstein haben viele Stärken: wettbewerbsfähige landwirtschaftliche Betriebe, eine hohe Lebensqualität, überaus attraktive Landschaftsräume, ein reiches Natur- und Kulturerbe, günstige Wohnverhältnisse, ein familienfreundliches Umfeld, eine hohe Bereitschaft zum ehrenamtlichen Engagement und vielfältige soziale Netzwerke, viele klein- und mittelständische Unternehmen und vieles mehr.

Gleichzeitig stehen die ländlichen Räume vor gravierenden Herausforderungen. Die demografischen Veränderungen in den nächsten Jahrzehnten werden in Schleswig-Holstein regional sehr unterschiedlich ausfallen, aber generell wird es eine starke Verschiebung der Altersstruktur hin zu älteren Bevölkerungsgruppen geben. Die öffentlichen Mittel werden knapper. Es müssen also spezifische regionale Lösungen gefunden werden.

Es geht darum, mit vereinten Kräften und neuen Ideen das Leben in den Dörfern attraktiv zu erhalten und zukunftsfähig zu gestalten. Ausbildungs- und Arbeitsplätze müssen geschaffen und erhalten

werden, die Mobilität ist zu sichern. Die Menschen brauchen Angebote, um sich zu erholen, zu treffen, einzukaufen, zum Arzt zu gehen, beruflich und privat per Internet an die Welt angebunden zu sein und sich weiter zu bilden.

Die ländlichen Räume leisten einen erheblichen Beitrag zur Leistungsfähigkeit und Attraktivität unseres Landes. Ihre Zukunftsfähigkeit als Wohn-, Wirtschafts- und Erholungsraum für die dort lebenden Menschen ist daher ein zentrales Anliegen der Landesregierung, zu dem alle Ministerien ihren Beitrag leisten. Ressort übergreifend wurden im Mai 2007 unter Federführung des Ministers für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume folgende gemeinsame Leitlinien für die ländliche Entwicklung in Schleswig-Holstein verabschiedet.



Die neue EU-Förderperiode 2007-2013 wurde zum Anlass genommen, die Förderpolitik des Landes für die Entwicklung ländlicher Räume auf der Grundlage der EU-Vorgaben neu auszurichten. Es sollen zukunftsweisende Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit sich die ländlichen Räume Schleswig-Holsteins als attraktive Wohn-, Wirtschafts- und Erholungsräume mit hoher Umweltqualität weiter entwickeln können. Innerhalb des "Zukunftsprogramm Schleswig-Holstein" sind das „Zukunftsprogramm Ländlicher Raum“ (ZPLR) und das „Zukunftsprogramm Fischerei“ besonders auf die Förderung der ländlichen Räume ausgerichtet.

Leitlinien für die ländliche Entwicklungspolitik in Schleswig-Holstein:

- Die Schaffung und der Erhalt von **Arbeitsplätzen** – eng verbunden mit der Sicherung

² Der Beitrag wurde für die Verbandzeitschrift „Die Gemeinde“ des schleswig-holsteinischen Gemeindetags (SHGT) geschrieben. Wir danken dem SHGT für die freundliche Genehmigung zum Abdruck in dieser TRANSFER.

einer attraktiven Infrastruktur – sind das zentrale Ziel der Politik für den ländlichen Raum.

- Die herausragenden Stärken der ländlichen Räume als **Landschafts- und Lebensraum** einer vielfältigen Flora und Fauna, als Reinluftgebiet und als Erholungsraum für die einheimische Bevölkerung und ihre zahlreichen Gäste müssen erhalten und gepflegt werden.



- Der **demografische Wandel** und die Verknappung öffentlicher Mittel fordern in vielen Regionen **innovative Anpassungsstrategien**, um die Angebote der öffentlichen Daseinsvorsorge sicher zu stellen. Kreativität, Flexibilität und Vernetzung der Akteure sind dabei wesentliche Faktoren. Auch die rechtlichen Rahmenbedingungen müssen zum Teil auf den Prüfstand.
- Die ländlichen Räume mit ihren spezifischen Stärken und Potenzialen sind für die Lebensqualität und den wirtschaftlichen Erfolg des Landes unverzichtbar. Es soll kein Gegensatz Metropolregion/städtische Regionen vs. ländliche Räume aufgebaut werden. Die ländlichen Räume in Schleswig-Holstein profitieren von der Metropolregion Hamburg / den städtischen Regionen – und umgekehrt. Die Handlungsmaxime lautet daher: Die „**Stärken stärken**“ – sowohl in der **Metropolregion/den städtischen Regionen als auch in den ländlichen Regionen**. Eine wichtige Voraussetzung sind gegenseitige Wertschätzung sowie Kontakte und Kooperationen „auf gleicher Augenhöhe“.
- **Wissen und Kompetenz** der Menschen in den ländlichen Räumen Schleswig-Holsteins sollen gestärkt werden. Der Erwerb von Qualifikationen für die Organisation und Durchführung der regionalen Entwicklungsprozesse und die Förderung von Weiterbil-

dung und Unternehmergeist haben einen hohen Stellenwert.

- Besonders wichtig ist das ehrenamtliche **Engagement der Bürgerinnen und Bürger**, der zahlreichen Verbände und Institutionen sowie der Wirtschaft. Dies ist gleichzeitig eine spezifische Stärke der ländlichen Räume. Staatliche Unterstützung sollte bürgerschaftliches Engagement gezielt befördern und ergänzen.
- Die **Vernetzung** der Akteure auf allen Ebenen, d.h. innerhalb der Regionen, zwischen privaten und öffentlichen Partnern, sektorübergreifend sowie regionsübergreifend, wird als zentraler Erfolgsfaktor für die zukunftsfähige Gestaltung der Regionen gewertet, da hiermit Synergien genutzt werden können.
- Die Lösung der anstehenden Herausforderungen für die ländlichen Räume erfordert eine **ressortübergreifende Koordination** und intensive Zusammenarbeit der verschiedenen Politikbereiche. Nur mit einem integrierten Ansatz können die ländlichen Räume gestärkt und entwickelt werden.

Zukunftsprogramm Ländlicher Raum – Initiative AktivRegion

Im Rahmen des Zukunftsprogramms Ländlicher Raum (ZPLR) als einem zentralen Förderinstrument für die ländlichen Regionen im Rahmen der neuen EU-Förderperiode „ELER“ 2007 - 2013 kommt der Initiative „AktivRegion“ für die Umsetzung der oben genannten Leitlinien strategisch eine zentrale Rolle zu. „AktivRegion“ orientiert sich an dem „bottom-up“-Ansatz der bisher in Schleswig-Holstein mit Erfolg praktizierten Ansätze von LEADER+ und den „Ländlichen Struktur- und Entwicklungsanalysen“ (LSE).

Der „Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER)“ ist Grundlage für das „Zukunftsprogramm Ländlicher Raum“ in Schleswig-Holstein. Insgesamt stehen für den Förderzeitraum für alle Schwerpunkte rd. 240 Mio. Euro zur Verfügung. Speziell für den Bereich der „Integrierten ländlichen Entwicklung“ stehen rd. 50 Mio. € an EU-Mitteln bereit. Die eingesetzten EU-Mittel bedürfen einer 50%igen öffentlichen Kofinanzierung, z.B. durch Bund, Land, Kommunen oder weitere öffentlich-rechtliche Einrichtungen.



„AktivRegionen“ sind selbst organisierte Regionen mit 50.000 bis 100.000 Einwohnern, in denen eine privat-öffentliche regionale Partnerschaft gemeinschaftlich die Verantwortung für die Entwicklung aller Lebensbereiche in der Region übernimmt. Private Akteure, Wirtschafts- und Sozialpartner müssen neben den öffentlichen Akteuren in die Entscheidungsprozesse über die Ziele, Strategien und Projekte der Region eingebunden werden. Die „AktivRegionen“ können im Rahmen eines jährlichen Budgets über Projektförderungen im Rahmen des „Zukunftsprogramms Ländlicher Raum“ eigenverantwortlich entscheiden.

Chancen durch die Bildung einer „Aktiv-Region“:

- Regionale Besonderheiten bieten die Chance, ein eigenes Profil zu entwickeln. Auf dieser Grundlage erarbeiten die Akteure vor Ort eine integrierte Entwicklungsstrategie für ihre AktivRegion.
- Eine privat-öffentliche Partnerschaft wird in der Region aufgebaut. Diese „Lokale Aktionsgruppe“ steuert, organisiert und begleitet die Umsetzung der integrierten Entwicklungsstrategie. Eine breite Bürgerbeteiligung mit demokratischen Spielregeln stellt die Entwick-

lung der Region auf eine starke Basis. Die Zusammenarbeit von Verwaltung, Bürgern, Wirtschaft und Initiativen ermöglicht eine Vernetzung bisher getrennter Bereiche von Gesellschaft und Wirtschaft.

- Eine wirksame Verbindung unterschiedlicher Förder- und Finanzierungstöpsfe der öffentlichen Hand (EU, Bund, Land, Gemeinden) mit privaten Mitteln (Sponsoren, Mäzene, Stiftungen etc.) kann mit diesen Partnerschaften leichter erreicht werden - angesichts reduzierter öffentlicher Mittel.
- Innovative Projekte können in neuen Partnerschaften umgesetzt werden.
- Mit Hilfe eines integrierten Ansatzes können Ziele und Maßnahmen gebündelt und vernetzt werden. Zu den Themen gehören Infrastruktur, Landwirtschaft, ländliche Wirtschaft, Tourismus, Umwelt, Klimaschutz, Kultur und Wohnen.
- Die AktivRegionen können somit zu Plattformen der Vernetzung werden, insbesondere unter Berücksichtigung der komplexen Wirkungen des demografischen Wandels und damit auch zur Abstimmung von Förderaktivitäten der verschiedenen Ressorts.

Umsetzung

Zirka 20-22 AktivRegionen etablieren sich zurzeit eigenständig im Land. Seit Ende 2006 ist ein intensiver Prozess der Gebietsfindung in Gang. Auch die Unter-, und Mittelzentren sowie die Randbereiche der Oberzentren können in die AktivRegionen einbezogen werden.

Voraussetzungen für die Anerkennung als AktivRegionen durch das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume (MLUR) sind:

- Es handelt sich um ein zusammenhängendes Gebiet mit Einwohnerzahlen zwischen 50.000 und 100.000.
- Die Region bildet eine öffentlich-private Partnerschaft als rechtsfähige Organisation („Lokale Aktionsgruppe“ - LAG). Die LAG ist eine repräsentative Gruppierung von Partnern aus unterschiedlichen Sektoren der Region, z.B. Kommunen, Wirtschaft, Soziales, Kultur und Umwelt. Das LAG-Entscheidungsgremium über das Grundbudget und die Projektauswahl besitzt einen Anteil von mindestens 50% Wirtschafts- und Sozialpartnern.
- Die Region legt eine integrierte Entwicklungsstrategie für die „AktivRegion“ vor.

Die AktivRegionen müssen bereits im Rahmen der Erstellung der integrierten Entwicklungsstrategie eine Struktur für die inner- und überregionale Zusammenarbeit und Abstimmung mit weiteren Akteuren der Regionalentwicklung (z.B.: Geschäftsstellen Zukunftsprogramm Wirtschaft, Wirtschaftsförderungsgesellschaften der Kreise, Regionalmanagements, Tourismusverbänden) entwickeln. Die regionsspezifischen Themen sind grundsätzlich unter der Berücksichtigung der Aspekte „demografischer Wandel“ und „Klimaschutz“ auszuarbeiten.

Mit der Anerkennung der AktivRegion ist die Einrichtung eines LAG-Managements verbunden, das u.a. für die operative Umsetzung, die Steuerung und Weiterentwicklung der integrierten Entwicklungsstrategie, die Koordinierung von Projekten sowie für die Beratung und Betreuung der Antragssteller zuständig ist. Die Lokale Aktionsgruppe kann die Aufgaben des LAG-Managements extern vergeben oder selber übernehmen. Die Lokale Aktionsgruppe kann sich auch einer bestehenden Organisation bedienen,

wenn diese die oben beschriebenen Voraussetzungen erfüllt. Der Kostenanteil für das Betreiben der LAG ist auf 15 % der öffentlichen Gesamtausgaben des Grundbudgets begrenzt.

Die AktivRegionen können über ein Grundbudget an EU-Mitteln eigenständig verfügen, in Abhängigkeit von ihrer Größe 250.000 bzw. 300.000 Euro p. A. für den Förderzeitraum. Da eine 50%ige öffentliche Kofinanzierung der EU-Mittel erforderlich ist, stehen den Regionen jährlich bis zu 600.000 Euro öffentliche Mittel für die Umsetzung von Projekten zur Verfügung.



Projekte, die über das Grundbudget hinaus gefördert werden sollen, z.B. mit Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK), müssen sich einem regionsübergreifenden Wettbewerb stellen. Zu den zentralen Kriterien gehören die Stärkung der regionalen Wirtschaftskraft, die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen und Kooperationen mit der Wirtschaft sowie anderen öffentlichen und privaten Partnern.

Die finanzielle Abwicklung der Mittel für die integrierte ländliche Entwicklung erfolgt künftig zentral über die Ämter für ländliche Räume (ÄLR). Die Beratung und Koordinierung bei der Umsetzung von Projekten, für die Mittel aus anderen Förderprogrammen des Landes in Frage kommen, übernehmen ebenfalls die Ämter für ländliche Räume als Verwaltungsstellen der AktivRegionen.

Die Förderung der LSE- und Dorfentwicklungsprojekte wird bis 2009 zu Ende geführt. Ab 2010 werden außerhalb der AktivRegionen nur noch Mittel für landespolitisch bedeutsame Leitprojekte bereitgestellt.

Was kann gefördert werden?

Den AktivRegionen bietet sich ein weites Spektrum an Förderprogrammen für die Umsetzung ihrer Projekte an. Im Vordergrund wird das Zukunftsprogramm Ländlicher Raum stehen, mit den folgenden Förderschwerpunkten:

- Schwerpunkt 1 „Wettbewerbsfähigkeit“: Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft
- Schwerpunkt 2 „Kulturlandschaft“: Verbesserung der Umwelt und Landschaft
- Schwerpunkt 3 „Lebensqualität“: Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum und Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft
- Schwerpunkt 4 „AktivRegion“: Umsetzung des LEADER-Konzeptes

Beispielhaft werden an dieser Stelle nur die Ziele für den Einsatz der Fördermittel im Bereich der integrierten ländlichen Entwicklung aus dem Schwerpunkt 3 dargestellt:

- Mehr Gemeinschaft: Die Menschen sollen zu noch mehr Eigeninitiative ermutigt und die kreativen Kräfte durch neue Partnerschaften mobilisiert werden, z.B. durch die Mitarbeit von Bürgerinnen und Bürgern bei der Erarbeitung der integrierten Entwicklungsstrategie für die AktivRegion, das Regionalmanagement und durch den Aufbau regionaler Netzwerke von Bürgern, Vereinen, Unternehmen und Kommunen.



- Mehr Lebensqualität: Die Grundversorgung im ländlichen Raum soll gesichert und die regionale Identität gestärkt werden, z.B. durch Nahversorgungsmodelle wie MarktTreff, Vermarktung regionaler Produkte, dörfliche Entwicklung sowie durch Kultur- und Freizeitangebote.
- Mehr Wirtschaftskraft: Die Wirtschaftskraft im ländlichen Raum soll gestärkt, Arbeitsplät-

ze gesichert oder neu geschaffen werden, z.B. durch innovative Beschäftigungsfelder (neben der Landwirtschaft), Umnutzung landwirtschaftlicher Bausubstanz, Ausbau des ländlichen Tourismus sowie Weiterbildung und Informationsangebote für Unternehmen und Verbände.

Wie hoch sind die Förderquoten im Bereich der Integrierten ländlichen Entwicklung?

- Die EU beteiligt sich mit 55 % an den öffentlichen Aufwendungen.
- Die Förderquote liegt zwischen 25 % - 35 % (Privater Träger) und zwischen 45 % - 55 % (Öffentlicher Träger) der förderfähigen Ausgaben.
- Die ggf. anfallende Mehrwertsteuer von 19 % ist für öffentliche Institutionen nicht förderfähig.
- Die Erarbeitung der Integrierten Entwicklungsstrategie für die AktivRegionen ist förderfähig.
- Originäre Verwaltungsaufgaben und Betriebskosten sind nicht förderfähig.

Zeitablauf und die nächsten Schritte?

- Bereits jetzt machen sich viele Regionen Gedanken zur Gebietskulisse und zu den thematischen Schwerpunkten.
- Nach der Programmgenehmigung zum Ende des **III. Quartals 2007** werden die Kriterien zur Anerkennung als AktivRegion veröffentlicht.
- Im nächsten Schritt kann die Erarbeitung der Integrierten Entwicklungsstrategie für die AktivRegion beauftragt werden. Als Auftaktveranstaltung kann z.B. ein Workshop stattfinden, zu dem alle Akteure der Region eingeladen werden, um ihre Ideen und Engagement einzubringen, mit denen sie die Zukunft mitgestalten möchten.
- Die Integrierten Entwicklungsstrategien für die AktivRegionen einschließlich der rechtlichen Organisationsstruktur werden dem MLUR bis zum **I. Quartal 2008** vorgelegt.
- Die AktivRegionen werden voraussichtlich bis Anfang des **III. Quartals 2008** anerkannt.
- Die Informationsveranstaltungen durch das MLUR und die Ämter für ländliche Räume zur AktivRegion werden in 2007 fortgesetzt.

- Die Medien begleiten aktiv die Einführung und Umsetzung der neuen Förderstrategie (NDR, sh:z Bauernblatt etc.).

Haben Sie konkrete Fragen? Zum Beispiel an wen Sie sich wenden sollen, wenn Sie in einer AktivRegion mitarbeiten möchten? In Kürze werden Informationen unter www.aktivregion-sh.de bereit gestellt.



Arbeitsmarktförderung in Schleswig-Holstein: Das Zukunftsprogramm Arbeit

Mona Andresen,
Ministerium für Justiz, Arbeit und Europa des Landes Schleswig-Holstein, ESF-Verwaltungsbehörde



Das Zukunftsprogramm Schleswig-Holstein ist das größte Förderprogramm in der Geschichte des Landes. Rund 1,4 Milliarden Euro an öffentlichen Fördermitteln stehen in den Jahren 2007-2013 bereit, um mit den vier Programmsäulen „Wirtschaft“, „Arbeit“, „Ländlicher Raum“ und „Fischerei“ das Wachstum und die Beschäftigung im Land zu erhöhen.

Das Zukunftsprogramm Arbeit bildet dabei die Grundlage der Landesarbeitsmarktförderung in den nächsten sieben Jahren und ist mit 100 Mio. Euro aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) sowie weiteren öffentlichen nationalen Mitteln in Höhe von 116 Mio. Euro ausgestattet.

Darüber hinaus beantworten Ihre Fragen gerne:

Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein:

Hermann-Josef Thoben
Referatsleiter für integrierte ländliche Entwicklung
Tel. 0431/988-4980

Ämter für ländliche Räume (ALR):

ALR Husum: Norbert Limberg
Tel. 04841-667-300

ALR Husum/Außenstelle Flensburg: Jan-Nils Klindt, Tel. 0461-804-274

ALR Husum/Außenstelle Heide: Jürgen Wolff
Tel. 0431-6708-236

ALR Kiel: Detlev Brodtmann, Tel. 0431-6708-331

ALR Lübeck: Axel Strunk, Tel. 0451-885-220

ALR Lübeck/Außenstelle Itzehoe: Verena Boehnke, Tel. 04821-66-2200

Die Landesregierung verfolgt mit dem Zukunftsprogramm Arbeit folgende Ziele:

- Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit,
- die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und Beschäftigten sowie
- die Integration von benachteiligten Personen in den Arbeitsmarkt.

Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen

Das Hauptanliegen des Zukunftsprogramms Arbeit ist der Abbau der Jugendarbeitslosigkeit. Mit dem Programm soll die Arbeitslosenquote der unter 25jährigen von 13,5 % (2005) auf 6,4 % im Jahr 2013 drastisch reduziert werden. Der Anteil der Schüler, die die Schule ohne Abschluss verlassen, soll von derzeit knapp 10 % auf 6,5 % gesenkt werden. Es wird ein klarer Akzent auf frühzeitiges Handeln gesetzt, damit Arbeitslosigkeit gar nicht erst entsteht. Dieses soll mit einem ganzen Bündel von Maßnahmen erreicht werden, die am Übergang von der Schule in den Beruf ansetzen bzw. die betriebliche Ausbildung fördern.

Das Zukunftsprogramm Arbeit fördert z.B. die Ausbildungs- und Berufsreife von Jugendlichen schon in der Schule durch eine stärkere Ver-

knüpfung von Schule und Arbeitswelt und das Eingehen auf individuelle Stärken und Schwächen. Jugendliche mit besonderem Förderbedarf können Trainingsmaßnahmen absolvieren, die sie auf die Ausbildung vorbereiten. Zudem werden Akquisiteure finanziert, um neue Ausbildungsplätze zu erschließen. Das Programm unterstützt Betriebe, die zusätzliche Ausbildungsplätze für benachteiligte Jugendliche einrichten und hilft durch eine verstärkte Betreuung, Ausbildungsabbrüche zu verhindern. Es stärkt das duale System der Berufsausbildung durch Förderung der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung im Handwerk (ÜLU). Diese ergänzt die betriebliche Ausbildung, wenn die geforderten Kenntnisse und Fertigkeiten am Ausbildungsort nicht oder nicht vollständig vermittelt werden können. Im Zukunftsprogramm Arbeit werden außerdem jugendliche Strafgefangene qualifiziert und so darauf vorbereitet, nach der Haft eine Ausbildung oder Arbeit aufzunehmen. Zudem sollen grenzüberschreitende Projekte Jugendlichen interkulturelle Kompetenz vermitteln und neue Beschäftigungschancen eröffnen.



Zwei Beispiele für Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in der letzten Förderperiode:

Um die Berufswahlkompetenz von Jugendlichen und deren Ausbildungsfähigkeit zu erhöhen, wurden bereits in den letzten Jahren Fördermaßnahmen erprobt, die an der Schnittstelle Schule – Arbeitswelt wirksam werden. Dafür wurde beispielsweise an ausgewählten Haupt- und Förderschulen der Einsatz von Coachings erprobt. Die Coaches bieten Jugendlichen, die sich in der Phase der Berufsorientierung befinden, Unterstützung bei der Planung ihrer beruflichen Zukunft an. In Berufseingangsklassen wurden Qualifizierungsbausteine für Jugendliche ohne Ausbildung eingesetzt. Qualifizierungsbausteine ermöglichen den Jugendlichen einen Orientierungsrahmen, sind inhaltlich abgegrenzt und qualifizieren für eine Tätigkeit, die Teil einer Berufsausbildung ist.

Die im Rahmen der Erprobungen gewonnenen Erfahrungen sind in die Konzeption des Handlungskonzeptes Schule & Arbeitswelt eingeflossen, mit dem in der Förderperiode 2007-2013 ein flächendeckender Förderansatz in diesem Bereich umgesetzt werden soll.

Die Förderung von Ausbildungsplatzakquisiteurinnen und -akquisiteuren ist eine wesentliche Maßnahme zur Verbesserung der Ausbildungssituation in Schleswig-Holstein. Was Mitte 2003 als Modellprojekt begann, hat sich mittlerweile zu einem bewährten Instrument zur Vorbeugung der Jugendarbeitslosigkeit etabliert. Denn eine abgeschlossene Berufsausbildung ist die beste Voraussetzung für einen reibungslosen Übergang in dauerhafte Beschäftigung. Zurzeit gehen 17 Akquisiteurinnen und Akquisiteure flächendeckend in Schleswig-Holstein „Klinken putzen“, die von den Kammern mitfinanziert werden. Durch persönliche Ansprache überzeugen die Akquisiteurinnen und Akquisiteure die Betriebe von den Vorteilen und der Notwendigkeit der Ausbildung im eigenen Betrieb, um den Fachkräftebedarf der Zukunft decken zu können. Sie sind auf Wunsch auch bei der Vermittlung geeigneter Bewerberinnen und Bewerber behilflich. Im Jahr 2006 konnten durch diese Maßnahme 1.880 Ausbildungsplätze und 1.160 Plätze für die Einstiegsqualifizierung Jugendlicher (EQJ – vom Bund gefördertes betriebliches Langzeitpraktikum) eingeworben werden. Darüber hinaus haben die Akquisiteure mehr als 500 Jugendliche in Ausbildung und 430 in EQJ-Plätze vermittelt.

Beschäftigung sichern

Im Schwerpunkt „Anpassungsfähigkeit von Unternehmen und Beschäftigten“ zielt das Zukunftsprogramm Arbeit darauf ab, dass Beschäftigte und Unternehmen innovations- und wettbewerbsfähig bleiben. Mehr als 75 % aller Erwerbstätigen in Schleswig-Holstein arbeiten in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU). Daher umfasst dieser Förderschwerpunkt vor allem Angebote für KMU, z.B. individuelle Beratungen für Unternehmen. Diese Potenzialberatung soll betriebliche Modernisierungsprozesse anstoßen und begleiten, insbesondere in den Handlungsfeldern Verbesserung von Arbeitsabläufen, strategische Ausrichtung des Unternehmens, Einführung neuer Produkte, Marktpotenzial, Marktauftritt und Verbesserung des Qualifizierungsstands der Beschäftigten. Die Erfahrung zeigt, dass Be-

triebe, die Modernisierungen durchführen, nicht nur bestehende Arbeitsplätze erhalten, sondern in der Regel auch einen Beschäftigungszuwachs verzeichnen.

Zudem werden Existenzgründungen von Menschen aus der Arbeitslosigkeit durch Coaching-Angebote unterstützt. Besonderes Gewicht wird dabei auf die Stärkung der Nachhaltigkeit von Existenzgründungen gelegt.

Mit dem Förderangebot „Qualifizierung von Beschäftigten“ ist es Schleswig-Holstein bereits in den letzten Jahren gelungen, die Beteiligung an Weiterbildungsmaßnahmen zu steigern und das Qualifikationsniveau der Beschäftigten in KMU zu erhöhen. Da qualifizierte Mitarbeiter für die Innovation in Unternehmen unerlässlich sind, trägt die Investition in regelmäßige Weiterbildungsmaßnahmen sowohl zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen als auch zur Motivation der Beschäftigten bei. Im Hinblick auf die Herausforderung des bevorstehenden demografischen Wandels und die zunehmende Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften hat diese Maßnahme das Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen und Arbeitsplätze zu sichern. Allein im Jahr 2006 haben 776 Beschäftigte, darunter 321 weibliche, eine finanzielle Unterstützung für berufliche Weiterbildungsmaßnahmen erhalten. Im Zukunftsprogramm Arbeit wird diese Förderung weiterhin angeboten.

Arbeitsmarktintegration fördern

Unter dem Schwerpunkt „Verbesserung des Zugangs zu Beschäftigung sowie der sozialen Eingliederung benachteiligter Personen“ sorgt das Zukunftsprogramm Arbeit dafür, dass benachteiligte Gruppen am Arbeitsmarkt bessere Chancen bekommen. Gefördert werden innovative und regionale Projekte. Sie werden im Rahmen von Ideenwettbewerben ausgewählt und sollen aktuelle Probleme auf dem schleswig-holsteinischen Arbeitsmarkt in Angriff nehmen. Hauptzielgruppen sind insbesondere Langzeitarbeitslose, ältere Arbeitnehmer, Migranten und gering qualifizierte Personen. Im August 2007 starten die ersten Projekte zur Überwindung der so genannten Sockelarbeitslosigkeit. Ein weiteres Ziel in diesem Förderschwerpunkt ist die Verbesserung der Aussichten von Frauen auf dem Arbeitsmarkt. Dazu werden die bestehenden Beratungsstellen „Frau und Beruf“ weitergeführt, die arbeitsmarktspezifische Beratung anbieten.

Ein Beispiel für ein innovatives Stadtteilprojekt aus der letzten Förderperiode ist „Job-train“. Es unterstützt Frauen mit Kindern beim schnellen Wiedereinstieg in den I. Arbeitsmarkt. Die Teilnehmerinnen werden in ihrem als schwierig geltenden Stadtteil in vielfältigen gemeinnützigen Arbeitsfeldern tätig, von Küchenhilfe über Event-Managerin und Hausmeisterin bis hin zur Sprachlehrerin. Die möglichen Einsatzgebiete sowie die Arbeitszeitmodelle sind dabei ganz individuell auf die Interessen und Voraussetzungen sowie die familiären Rahmenbedingungen der Frauen abgestimmt. Das Projekt erwies sich in mehrfacher Hinsicht als erfolgreich: Die Teilnehmerinnen sind hoch motiviert, ihr Ziel der beruflichen Eingliederung zu erreichen, außerdem werden andere Mitbürger in ihrem eigenen sozialen Umfeld erreicht und die sozialen Strukturen in Stadtteil dadurch stabilisiert. Der „job-train“-Ansatz ist innovativ: Die Projektteilnehmerinnen praktizieren gegenseitiges Coaching und sind von Anfang an aktiv in den Qualifizierungs- und den Integrationsprozess einbezogen, was eindeutig zur Ausweitung ihrer Qualifikation für den Einstieg in den Arbeitsmarkt beiträgt.

Der Europäische Sozialfonds

Der 1957 ins Leben gerufene Europäische Sozialfonds ist das wichtigste Finanzinstrument der Europäischen Union zur Förderung von Menschen. Er unterstützt die Schaffung von Arbeitsplätzen und hilft bei der Verbesserung der Beschäftigungsaussichten der Bürgerinnen und Bürger durch Förderung ihrer beruflichen Qualifikationen und Fähigkeiten. Von 2007 bis 2013 werden jährlich insgesamt über 10 Mrd. Euro in allen Mitgliedstaaten aus dem ESF bereitgestellt werden. Dies entspricht einem Anteil von mehr als 10 % des Gesamthaushalts der Europäischen Union.

Weitere Informationen zum Zukunftsprogramm Arbeit finden Sie im Internet unter www.zukunftsprogramm-arbeit.schleswig-holstein.de.

Die Landesregierung Schleswig-Holstein hat die Investitionsbank Schleswig-Holstein mit der Abwicklung des neuen Arbeitsmarktprogramms beauftragt. Unter der Nummer 0431-9905 2222 werden Sie telefonisch beraten, die konkreten Förderkriterien und Antragsformulare zum Herunterladen finden Sie im Internet unter www.ib-sh.de.

Zukunft der Kommune - Standortbestimmung für die neuen Verwaltungseinheiten in Schleswig-Holstein

UAG (Umweltplanung und Regionalentwicklung GmbH)

InForM (Institut für Fortbildung und Verwaltungsmodernisierung der FHVD)

Ausgangspunkt und Zielsetzung

Das Institut für Fortbildung und Verwaltungsmodernisierung (InForM) und die Umweltplanung und Regionalentwicklung GmbH (UAG) haben gemeinsam ein Dienstleistungsangebot zur Standortbestimmung für die neu gebildeten Verwaltungseinheiten in Schleswig-Holstein entwickelt – das Angebot "Zukunft der Kommune".

Vor dem Hintergrund:

- systematischer Umstrukturierungen der Kommunen (Verwaltungsstrukturreform, Funktionalreform, Doppik, TVöD etc.),
- der angespannten Haushaltslage vieler Kommunen mit der Überführung finanzieller Mittel aus dem kommunalen Vermögen (z.B. Immobilien) zum Ausgleich des Haushalts,
- der gleichzeitig schwierigen demographischen Entwicklung mit einem Bevölkerungsrückgang und zunehmend höherem Anteil älterer Menschen sowie
- einer stärker werdenden Einflussnahme der EU auf die Gesetzgebung

verfolgt das Dienstleistungsangebot "Zukunft der Kommune" das Ziel, den veränderten Standort einer neu gebildeten Verwaltungseinheit zu bestimmen und ihre regionale Position zu stärken. Dabei sollen die Eigenheiten der einzelnen Kommunen dieser neuen Einheit unterstützt und als Marktfaktor erhalten bleiben.

Das Angebot "Zukunft der Kommune" will aufzeigen, welche Chancen die Kommunen einer größeren Verwaltungseinheit haben, sich zukünftig in der Region zu positionieren und zu behaupten.

Entscheidend ist folgende Feststellung:

Kommunen stehen unter Druck!

I. Gefahr der Abgrenzung zwischen den Kommunen

Bei langfristig sinkenden Bevölkerungszahlen und immer weniger öffentlichen Mitteln findet ein Wettbewerb zwischen den Kommunen statt. Jede Kommune steht unter dem Druck, den absehbaren Folgen des demografischen Wandels zu begegnen, sei es bei der Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner oder bei der Höhe von Projektzuschüssen.

Der demographische Wandel führt gerade in den nördlichen Kreisen Schleswig-Holsteins zu einer Bevölkerungsstagnation bzw. -rückgang und der Zunahme des Anteils der älteren Bevölkerung. *Jede Kommune lebt von und für ihre Bevölkerung.* Sie finanziert sich u.a. aus der zufließenden Einkommensteuer der erwerbstätigen Einwohnerinnen und Einwohnern. Auch über die Grundsteuern der Eigenheimbesitzer erzielt sie wichtige Einkünfte, um die verschiedenen Infrastrukturangebote der Daseinsvorsorge für die Menschen bereitstellen zu können. Mit anderen Worten: die Kommunen müssen um Einwohnerinnen und Einwohner werben.

→ Mit dem Angebot "Zukunft der Kommune" kann die Situation einer Verwaltungseinheit und ihrer angehörigen Kommunen erfasst und nach gemeinsamen Lösungen gesucht werden.



Die Verknappung der öffentlichen Mittel hat die Landesregierung veranlasst, die Förderpolitik für die ländlichen Regionen neu auszurichten. Der Einsatz der öffentlichen Mittel soll stärker auf die Wettbewerbsfähigkeit der Regionen ausgerichtet werden. Zukünftig werden über sog. "Leuchtturmprojekte" die Regionen geför-

dert, die gute, kreative und innovative Ideen schnell in die Planung und Umsetzung bringen.

→ **Mit dem Angebot "Zukunft der Kommune" können Projektideen herausgearbeitet werden, welche für eine positive wirtschaftliche Entwicklung einer Verwaltungseinheit und der Einwohnerinnen und Einwohner ihrer Region von Nutzen sind.**

II. Konkurrenz zwischen Kommunen und privaten Anbietern

Neben der demographischen Entwicklung und der Verknappung öffentlicher Mittel wird mit dem Stichwort *Globalisierung* eine neue Herausforderung für die Kommunen umrissen.

Was bisher zu den Aufgaben der Kommunen im Rahmen der Daseinsvorsorge gehörte, wird heute von der Europäischen Union zunehmend in Frage gestellt. Nach der Liberalisierung des Strommarktes ist jetzt auch der Gasmarkt für private Anbieter geöffnet und führt zu einem Wettbewerb der Kommunen bzw. ihrer Stadtwerke mit privaten Versorgern.

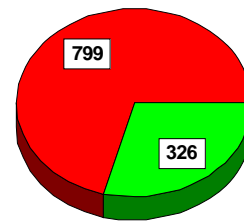


→ **"Zukunft der Kommune" bedeutet auch Zukunft der Stadtwerke als wichtiger wirtschaftlicher Faktor in den kommunalen Haushalten. Hier ist die Entwicklung und Umsetzung von kreativen Ideen zur Erhaltung der Stadt- und Gemeindewerke als kommunale (bürgernahe) Anbieter gefordert.**

Kommunaler Investitionsbedarf

Ein nicht zu unterschätzendes Problem der meisten Gemeinden und Städte ist der sog. "Investitionsstau". In den letzten Jahrzehnten wurden vielerorts notwendige Investitionen, z.B. im Straßenbau und an öffentlichen Gebäuden, in die Zukunft verschoben, so dass heute für die Bundesrepublik ein kommunaler Investitionsbedarf von über 600 Milliarden Euro zu veranschlagen ist (Quelle: Deutsches Institut für Urbanistik).

Verschuldete Kommunen in S-H



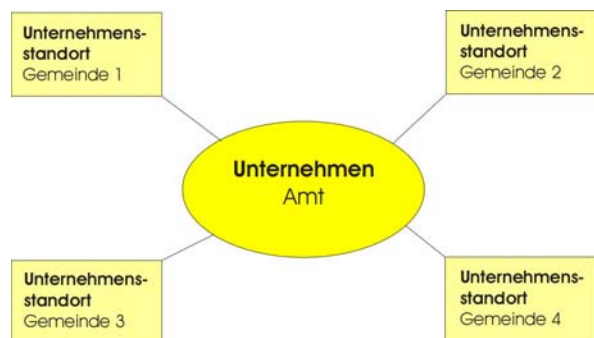
■ Anzahl der verschuldeten Kommunen
■ Anzahl der schuldenfreien Kommunen

→ **Bei einem Verschuldungsgrad von über 70% der schleswig-holsteinischen Kommunen ist die Konsolidierung der kommunalen Haushalte dringend erforderlich.**

Grundgedanken des Dienstleistungsangebotes "Zukunft der Kommune"

Grundgedanke I:

Vergleicht man beispielsweise eine Amtsverwaltung mit einem Unternehmen, dann sind die Gemeinden die verschiedenen Unternehmensstandorte.



Grundgedanke II:

Aufbauend auf dem Grundgedanken I stellt sich die Frage, welchen Standort die Kommune welcher Zielgruppe anbieten? Die Standorte sind sehr geprägt von ihrer individuellen geographischen Lage, den architektonischen Besonderheiten und der Infrastruktur.

Die Kommunen bieten ihren Standort den (neuen) Einwohnerinnen und Einwohnern und Gewerbetreibenden, aber auch Gästen/ Touristen an.

→ **Basierend auf diesen Grundgedanken bietet das Dienstleistungsangebot "Zukunft der Kommune" die Weiterentwicklung der Standorte an. Denn nur ein attraktiver Standort wird in Zukunft Bestand haben.**

Ablauf des Dienstleistungsangebotes "Zukunft der Kommune"

1. Gemeinsame Zielabstimmung

Die Erwartungen der kommunalen Auftraggeber an das Angebot „Zukunft der Kommune“ werden in einer gemeinsamen Zielabstimmung geklärt, die daraus resultierende Aufgabenstellung definiert und die Vorgehensweise festlegt.

2. Datenrecherche und -analyse

Für jede Kommune einer Verwaltungseinheit werden die relevanten Entwicklungs- und Strukturdaten zusammengestellt:

- Einnahmen und Ausgaben
- Bevölkerung und Bevölkerungsentwicklung
- Standortbewertung / Infrastruktur
- Sonderfaktoren wie etwa Kulturdenkmale, landschaftliche Besonderheiten oder eine historisch interessante Dorfstruktur.



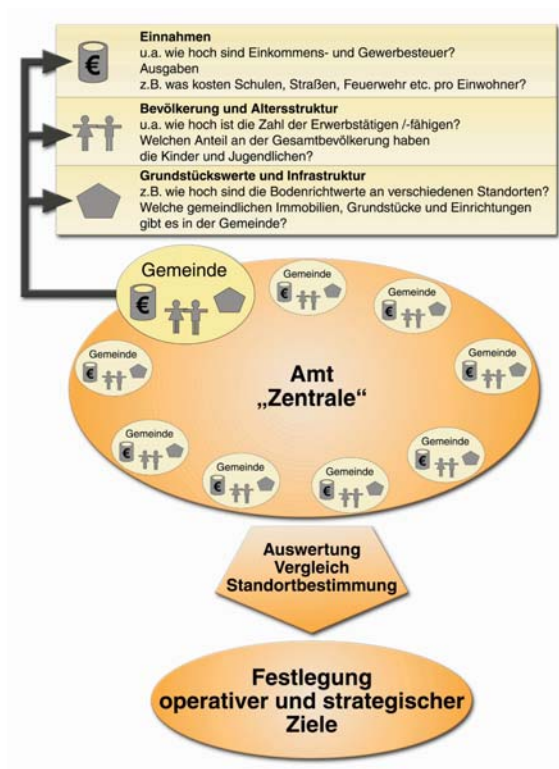
Die Datenauswertung und -analyse erfolgt über ein zu definierendes Kennzahlensystem, das den direkten Vergleich der Kommunen miteinander ermöglicht und die Standortbestimmung vorbereitet.

3. Ableitung von Entwicklungsschwerpunkten

Die Ergebnisse der Datenanalyse zeigen die Qualität und das Potenzial des kommunalen Standortes auf, sie sind Voraussetzung für die Ableitung strategischer und operativer Ziele. Für die gesamte Verwaltungseinheit wird so die Entwicklungsrichtung definiert.

Zukünftige Projektvorhaben und Maßnahmen haben sich dann an dieser Entwicklungsrichtung zu orientieren.

Die nachfolgende Abbildung gibt einen Überblick über den Angebotsablauf und die Leistungen:



Kontakt:

Weitere Informationen können gerne bezogen werden bei:

UAG

Umweltplanung und Regionalentwicklung GmbH
Burgstraße 4 / 24103 Kiel

Fon: 0431/98304-0

info@uag-kiel.de

InForM

Institut für Fortbildung
und Verwaltungsmodernisierung
Rehmkamp 10 / 24161 Altenholz

Fon: 0431/3209-118

inform@fhvd.de

Leitfaden zum Ideen- und Beschwerdemanagement

Gabriele Bischof,
Wissenschaftliche Mitarbeiterin
im Projekt Informdoku



Im Juni 2006 haben sich Vertreterinnen und Vertreter aus Kommunen in Schleswig-Holstein zusammengesetzt und den Arbeitskreis „Ideen- und Beschwerdemanagement“ gegründet. Die Initiative für ein Arbeitstreffen zu diesem Thema war vom Projekt „Dokumentation der Verwaltungsmodernisierung in Schleswig-Holstein“ (kurz „Informdoku“) von der Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung ausgegangen.

Nach einem ersten Informationsaustausch über den Stand des Aufbaus und der Entwicklung eines Ideen- und Beschwerdemanagements in den teilnehmenden Kommunen war man sich schnell einig, die vorhandenen Kompetenzen und Erfahrungen systematisch aufzubereiten und sie so anderen interessierten Kommunen zur Verfügung zu stellen. So entstand die Idee, gemeinsam einen Leitfaden zum „Ideen- und Beschwerdemanagement“ zu erarbeiten. Der Leitfaden sollte die Funktion einer Blaupause haben, also gezielt nutzbar sein und viele Beispiele und Anregungen zum „abpausen“ enthalten.

Ideen- und Beschwerdemanagement

Ein Leitfaden von Kommunen für Kommunen
in Schleswig-Holstein

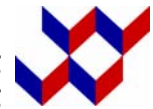


Der Leitfaden wurde im Juli 2007 fertig gestellt und soll allen kommunalen Verwaltungen zur Verfügung gestellt werden. Im Anhang sind zahlreiche Formulare und Checklisten aufgeführt.

Voraussetzungen für ein Ideen- und Beschwerdemanagement

- Die AnsprechpartnerInnen einer Ideen- und Beschwerdestelle müssen bekannt sein. Daher sollten diese über Medien, durch die Mitarbeiterschaft selbst sowie die Leitungskräfte bekannt gemacht werden.
- Die Anlaufstelle muss immer besetzt sein (zumindest während der Öffnungszeiten), da BeschwerdeführerInnen bzw. IdeengeberInnen ansonsten doch wieder die Fachdienst- oder Fachbereichsleitung aufsuchen.
- Ein Ideen- und Beschwerdemanagement sollte zur Förderung der Akzeptanz innerhalb der Verwaltung und bei der Kundschaft möglichst der Verwaltungsführung zugeordnet sein.
- Eine Ideen- und Beschwerdestelle stellt das Verbindungsglied zu allen Bereichen des Verwaltungshandelns dar. Ihre Einflussmöglichkeit muss so groß sein, dass sie sowohl auf der Leitungsebene als auch auf politischer Ebene ernst genommen wird.
- Auch die Sachkompetenz der AnsprechpartnerInnen einer Ideen- und Beschwerdestelle muss sehr hoch sein, da nur dann sowohl die Akzeptanz der KundInnen als auch der Mitarbeiterschaft innerhalb der Verwaltung zu erreichen ist. Optimal sollten Kenntnisse aus allen Bereichen der Verwaltung vorhanden sein.
- Die personelle Besetzung und der Zeitaufwand der Tätigkeit sind grundsätzlich von jeder Verwaltung individuell zu regeln.
- Ein mögliches Pilotprojekt bzw. eine Probe-phase sollte in dem publikumsintensivsten Fachdienst/-bereich angesiedelt sein.

Die Onlineversion des Leitfadens zum „Ideen- und Beschwerdemanagement“ können Sie über www.informdoku.de einsehen und downloaden.

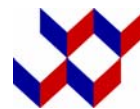


September

- 03. Kündigung von Mitarbeitern - Teil I
- 03.- 05. Argumentation und Gespräch - Grundlagen der rhetorischen Kommunikation
- 04.- 05. Mitbestimmungsgesetz SH Einführungsseminar für PR - Grundkurs
- 05. Personalvertretungsrecht in der Praxis
- 06. Protokollführung, Gesprächsnotizen und Aktenvermerke in der Praxis
- 06.- 07. Führung nach Shackleton
- 10. Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
- 10.- 11. Konstruktiver Umgang mit Konflikten
- 10.- 12. Einführungsseminar Verwaltungsrecht, Behördenorganisation, Haushaltsrecht
- 12.- 13. Budgetierung von Personalkosten
- 12.- 13. David gegen Goliath - aus der Position der strukt. Unterlegenheit heraus handeln
- 13.- 14. Informationen effektiv aufnehmen - Rationelles Lesen, Lern-, Gedächtnistraining
- 14. TV-L - Neuregelung der Befristung nach § 30 TV-L, Teilzeit-/Befristungsgesetz
- 17.- 18. Grundsätze des Zuwendungsrechts des Landes SH
- 17.- 18. Öffentliches Vergaberecht - Grundkurs mit Praxisfällen
- 17.- 18. EU-Regionalentwicklung: Chancen für die Wirtschaftsförderung
- 18.- 19. Beamten- und Laufbahnrecht - Aufbaukurs
- 18.- 19. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Zukunft gewinnen
- 19. Betriebliches Gesundheitsmanagement
- 20. Reisekostenrecht im öffentlichen Dienst (BRKG)
- 20. TV-L/TVÜ - Höhergrupp./vorübergehende Übertrag. höherwertiger Tätigkeiten
- 20.- 21. Mitbestimmungsgesetz SH Einführungsseminar für PR - Grundkurs
- 24. Produkte - vom Neuen Steuerungsmodell zur Doppik
- 24. Kassenwesen
- 24.- 25. Grundsätze des Haushaltsrechts des Landes SH
- 24.- 26. Qualifizierung zum Fallmanager entspr. den Anford. aus Hartz IV
- 25. Kabinetts- und Landtagsangelegenheiten, Kleine und Große Anfragen
- 25. Entspannt in Nacken und Schulter - Ausgleichsübungen
- 26. Strafrechtliche Garantenhaftung in der Kinder- und Jugendhilfe
- 26.- 28. Erfolgssprünge: Vom Mitarbeiter zur Führungskraft
- 27.- 28. Leistungsbeurteilungen in der Praxis

Oktober

- 08.- 09. Alles im Lot: Erfolgreich arbeiten und erfüllt leben
- 09. Moderation - Arbeitsgruppen zu echten Ergebnissen führen - Teil II
- 10. Rechtsmethodik für Nichtjuristen - Aufbaukurs
- 10. Kündigung von Mitarbeitern - Teil II
- 11. Zuwendungsrecht - Praxiskurs (Workshop)
- 11.- 12. Fit für Gesprächsführung: Die Geheimnisse erfolgreicher Kommunikation
- 12. Sensibilisierung für die Belange von Menschen mit Behinderung
- 29. Tarifvertrag zur Entgeltumwandlung für die Beschäftigten der Länder
- 29.- 30. Power-Talking - Selbstsicher in schwierigen Situationen - Teil I
- 30.- 31. Veranstaltungsmanagement - Aufbaukurs
- 31. TV-L - Neuregelung der Zeit- und Erschwerniszuschläge
- 31.- 01. Refresher-Kurs Verwaltungsendgisch - Red Tape Revisited
- 31.- 02. Grundlagen der Kosten- und Leistungsrechnung, Controlling, Berichtswesen



November

- 05. Das Informationsfreiheitsgesetz (IFG)
- 05.- 06. Arbeits- und Tarifrecht in der Praxis - Aufbaukurs
- 05.- 06. "Auf den Punkt kommen!" Beratungskompetenz Teil I
- 06. Altersteilzeitarbeit im Tarifbereich
- 07. Einführung in das Allgemeine Verwaltungsrecht / LVwG
- 07.- 08. Mitbestimmungsgesetz SH Einführungsseminar für PR - Grundkurs
- 08. Die Strukturfonds der Europäischen Union 2007 - 20 I 3
- 09. Leistungsabhängige Stufenlaufzeiten in den Entgeltstufen nach § 17 TV-L
- 12. Altersteilzeit im Beamtenbereich
- 12.- 13. Körpersprache, Kompetenz und Charisma
- 12.- 13. Beurteilerschulung
- 14. Workshop Europarecht
- 14.- 15. Standortmarketing im EU-weiten Wettbewerb
- 15.- 16. "Energie statt Stress": Ein Training zur Stressbewältigung/-vermeidung
- 19. Einstellung und Beschäftigung von Menschen mit Behinderung
- 19.- 20. Vertiefungskurs Vergaberecht / Nachprüfungsverfahren
- 20.- 21. Familienfreundliche Maßnahmen und Personalinstrumente in Org.
- 20.- 22. Das Eingruppierungsrecht - Aufbaukurs
- 22.- 23. Coaching-Workshop für Führungskräfte
- 22.- 23. TV-L - Der neue Manteltarifvertrag der Länder für den öffentlichen Dienst
- 26. "Auf den Punkt kommen!" Beratungskompetenz Teil II
- 26.- 27. Rhetorik für Personalräte und Schwerbehindertenvertretungen
- 28.- 29. Teilzeit-, befristete Arbeitsverhält./ Zeit-, Fristvertr./ Begründung, Beendig.
- 28.- 30. Eigenbetriebsgründung - Aufbau-/Ablauforganisation
- 29. TV-L - Beendigung von Arbeitsverhältnissen im Bereich der TdL

Dezember

- 04. Das Mitbestimmungsgesetz - Aufbaukurs
- 05. Widerspruchsverfahren und einstweiliger Rechtsschutz
- 06.- 07. "Cool Down!" - Deeskalationstraining für die Praxis
- 11. Power-Talking - Selbstsicher in schwierigen Situationen - Teil II
- 12. Darstellung und Analyse von Budgetierungskonzepten im NKR
- 12.- 14. Mediation in Politik und Verwaltung - Grundausbildung Modul I

2008

- 23.-25. Januar Mediation in Politik und Verwaltung - Grundausbildung Modul II
- 27.-29. Februar Mediation in Politik und Verwaltung - Grundausbildung Modul III
- 09.-11. April Mediation in Politik und Verwaltung - Grundausbildung Modul IV

Das vollständige Fortbildungsprogramm mit Gebühren und Teilnahmebedingungen zu den jeweiligen Veranstaltungen erhalten Sie bei InForM, Rehmkamp 10, 24161 Altenholz oder unter www.fhvd.de

Sprechen Sie uns an, wir beraten Sie gern!

Telefon: 0431 / 3209 -130 -131 -132 -119 -118
Telefax: 0431 / 3209 -117 E-mail: inform@fhvd.de

Impressum

TRANSFER

Die Zeitschrift *TRANSFER* erscheint zweimal im Jahr und wird an alle Kommunen Schleswig-Holsteins und andere Interessierte und Beteiligte der Verwaltungsreform verteilt.

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe ist der **15. November 2007**.

Herausgeber: Fachhochschule für Verwaltung
und Dienstleistung
InForM

Redaktion: Gabriele Bischof
Cordula Kaup

Anschrift: FHVD
InForM
Rehmkamp 10
24161 Altenholz
Tel.: (0431) 3209-118
Fax:(0431) 3209-117
Inform@fhvd.de
www.fhvd.de
www.informdoku.de

Design: Marion Jahnke
Titelfoto: Karin Peters
Druckerei: Schmidt & Klaunig KG, Kiel

Nachdruck und Vervielfältigung jeder Art nur mit Zustimmung der Redaktion.

Dataport Hausmesse 2007



Länder vernetzen – Menschen verbinden

Sporthalle Hamburg

Hamburg

9. Oktober 2007

09.00 bis 17.00 Uhr

**Anmeldungen bitte über
Hausmesse@dataport.de**

Dataport
Anstalt des öffentlichen Rechts
Altenholzer Straße 10-14
D-24161 Altenholz
Telefon 0431 3295-0
Telefax 0431 3295-6410
E-Mail: info@dataport.de

Niederlassungen
Hamburg
Telefon: 040 42846-0
Bremen
Telefon: 0421 83558-0
Rostock
Telefon: 0381 44899-0

dataport
≡≡≡